

In: *Projekt Jugend und Arbeit* (Hrsg.): *Jugendliche beim Einstieg in das Arbeitsleben*. München 1990, S. 107-152.

Manfred Eckert/Günter Kutscha

Übergangsprobleme und Wirksamkeit von berufsvorbereitenden Maßnahmen und Förderlehrgängen in der Region Duisburg

1. Problemstellung und Ausgangsposition

Die Diskussion über die Wirksamkeit von Maßnahmen gegen Berufsnot und Arbeitslosigkeit der Jugendlichen wird in der Öffentlichkeit mehr durch die Verbreitung von Vorurteilen als durch sorgfältige und differenzierte Informationen geprägt. Dabei heben sich zwei Positionen unterschiedlicher politischer Couleur hervor: Bei der einen handelt es sich um die zweckoptimistische Parole, die Problematik berufsvorbereitender Maßnahmen spiele in Zukunft kaum noch eine Rolle, weil der Ausbildungsstellenmarkt inzwischen ausgeglichen, ja sogar ein erheblicher Überhang unbesetzter Ausbildungsstellen gegenüber der Zahl noch nicht vermittelter Bewerber zu verzeichnen sei. Von den Vertretern der anderen Position wird behauptet, berufsvorbereitende Maßnahmen und Projekte dienten hauptsächlich dazu, die Jugendlichen von der Straße und aus der Arbeitslosenstatistik zu holen, und hätten im wesentlichen nur die Funktion einer für die Betroffenen nutzlosen Wartestation.

Wir möchten in unserem Beitrag anhand statistischer Daten und aufgrund der Auswertungsergebnisse aus unserem Projekt über die Wirksamkeit von Maßnahmen und Förderlehrgängen in der Region Duisburg darlegen, daß weder die eine noch die andere hier zugespitzte Position einer wissenschaftlichen Prüfung standhält. Gleichwohl kommen wir aus Widersprüchen nicht heraus; sie sind in der Sache begründet und spezifisch für die Problemlage des Maßnahmenbereichs. Um das Ergebnis vorwegzunehmen: Maßnahmen sind nicht geeignet, die strukturellen Komplikationen des Ausbildungsstellen- und Arbeitsmarkts zu lösen, aber ihre Funktion reduziert sich im Hinblick auf die Entwicklung der Jugendli-

chen keineswegs auf die einer bloßen Bewahranstalt. Vom Standpunkt der traditionellen Berufspädagogik und der von ihr gepflegten Diskussion über das Verhältnis von Bildung und Beruf kommt man den biographisch wirksamen Sozialisationsvorgängen, die sich in der stillen Dramatik des Maßnahmenalltags abspielen, kaum auf die Spur. Denn in diesem Bereich geht es nicht um erhabene Bildungsansprüche und berufliche Identität, sondern um den pragmatischen Versuch, die individuell verfügbaren Ressourcen und subjektiv erfahrbaren Bedingungen der sozialen Umwelt in einen Lebenszusammenhang zu integrieren, in dem sich Strategien der materiellen Lebensreproduktion und der Selbstbehauptung kombinieren lassen (Heinz 1988, S. 205). So gesehen sind TeilnehmerInnen¹ an berufsvorbereitenden Maßnahmen — dem am meisten disprivilegierten Bereich unseres Bildungswesens — gewissermaßen die Prototypen der „individualisierten Gesellschaft“ (Beck 1986). In ihr muß der einzelne bei Strafe seiner permanenten Benachteiligung lernen, sich selbst als Handlungszentrum, als Planungsbüro in bezug auf seinen eigenen Lebenslauf, seine Fähigkeiten, Orientierung etc. zu begreifen. Der Lebensführung wird unter diesen Bedingungen abverlangt, Systemwidersprüche durch „biographische Konstruktionen“ aufzulösen. Daraus folgt, daß die ohnehin nicht unproblematische Unterscheidung von „System“ und „Lebenswelt“ (Habermas 1981; zur Kritik siehe: Matthiesen 1983) in den jeweiligen Individuallagen einer spezifischen Vernetzung bedarf, um Handlungsfelder offenzuhalten.

Damit sind einige theoretische Bezugspunkte für empirische Untersuchungen im weiteren Umkreis der Übergangsforschung angedeutet, mit denen es auch unsere Regionalforschungsprojekte zu tun haben. An Ausschnitten des Maßnahmenbereichs versuchen wir, Entwicklungsverläufe von Jugendlichen zu rekonstruieren, denen herkömmliche Übergangspassagen verwehrt sind.

Im folgenden wird zunächst aus überregionaler Sicht und unter besonderer Berücksichtigung regionaler Versorgungsdisparitäten der Frage nachgegangen, inwieweit dem Maßnahmenbereich angesichts der globalen Entspannung am Ausbildungsstellenmarkt in Zukunft überhaupt noch eine Bedeutung zukommt (Teil 2). Daran schließt sich eine Darstellung des Duisburger „Übergangsszenarios“ mit einer quantitativen Analyse des regionalen Maßnahmen-

bereichs an (Teil 3). Schließlich werden Ergebnisse aus qualitativen Befragungen zur Wirksamkeit von Maßnahmen aus Sicht der betroffenen Jugendlichen zur Diskussion gestellt (Teil 4). Bleibt noch zu vermerken, daß die hier angesprochenen und interpretierten Forschungsbefunde nicht allein den Autoren als Leistung zugeordnet werden können, sondern aus der Arbeit eines Forschungsteams resultieren².

2. Ausbildungsversorgung in der Bundesrepublik Deutschland Globale Trends und regionale Disparitäten

Haben berufsvorbereitende Maßnahmen und Förderlehrgänge noch eine Zukunft, oder war der Maßnahmenboom nur ein zeitlich begrenztes Übergangsphänomen, das durch die positive Konjunkturentwicklung überholt worden ist? Ein Blick in den jüngsten Berufsbildungsbericht 1989 bestätigt eine erstaunliche und von Skeptikern so nicht erwartete Entwicklung (vgl. Übersicht 1; Bundesminister für Bildung und Wissenschaft 1989). Standen im Jahr 1986 einer Zahl von 31 170 unbesetzten Ausbildungsplätzen 46 270 noch nicht vermittelte BewerberInnen gegenüber, so wurde diese Relation innerhalb von nur zwei Jahren mehr als bloß umgekehrt: 1988 blieben 61 962 Ausbildungsstellen unbesetzt bei einer Zahl von „nur“ 24 791 noch nicht vermittelten BewerberInnen.

Bekanntlich ist die Versorgungsqualität nicht nur eine Frage des globalen Niveaus und Entwicklungspfades, sondern mitzubeurteilen unter dem Aspekt der unterschiedlichen Verteilung von Ausbildungschancen³. Hierzu empfiehlt es sich, die Regionaldaten der Berufsbildungsberichte genauer unter die Lupe zu nehmen. Betrachtet man die Meßwerte der Angebot-Nachfrage-Relation im Ländervergleich (Übersicht 2), so sind folgende Entwicklungen besonders auffällig:

die Entwicklung der Versorgungslage in den Bundesländern folgt — auf unterschiedlichem Niveau — während der 80er Jahre demselben Trend. Nach Versorgungseinbrüchen Mitte der 70er Jahre übertraf das Gesamtangebot die Nachfrage im Jahr 1980 bundesdurchschnittlich um rund 4%. Danach kam es zu einer regel-

rechten Talfahrt, die 1984/85 bei einer Gesamtangebot-Nachfrage-Relation von 95,1 zum Stillstand kam. Sogar die süddeutschen Länder erreichten nicht den rechnerischen Ausgleich von Ausbildungsstellenangebot und -nachfrage. Und dann — ab 1986 — ging es, um im Bild zu bleiben, wieder bergan, und zwar in allen Bundesländern. Das bundesdurchschnittliche Versorgungsniveau lag 1988 bei einer Gesamtangebot-Nachfrage-Relation von rund 106 um zwei Prozentpunkte über dem Stand von 1980.

Bei dieser gemeinsamen Berg- und Talfahrt gingen die Länder von unterschiedlichen Startpositionen aus. Die süddeutschen Länder waren 1980 mit einem Angebotsüberhang von 7 % bis 10 % im Vorsprung, die Stadtstaaten hinkten unterhalb des Bundesdurchschnitts hinterher. Seither haben sich die Unterschiede zwischen den Ländern von Jahr zu Jahr vergrößert. Bei gleichem Trend, aber unterschiedlicher Stärke der Veränderung von Ausbildungsplatzangebot und -nachfrage driftet die Ausbildungsversorgungslage der Länder auseinander. Statistisch gesprochen: Die Streuung der Länder-Meßwerte um die bundesdurchschnittliche Angebot-Nachfrage-Relation wurde unabhängig vom globalen Hoch und Tief immer größer (Übersicht 2). Gleichzeitig nahm die Spannweite zwischen der minimalen und maximalen Angebot-Nachfrage-Relation zu. Sie lag 1980 zwischen 99,0 (Bremen/Hamburg) und 110,1 (Bayern), 1988 zwischen 95,1 (Bremen) und 119,3 (Bayern) — ein Indiz für das von Jahr zu Jahr wachsende Nord-Süd-Gefälle.

Setzt man die Angebot-Nachfrage-Relation in Beziehung zu den Arbeitslosenquoten, so stößt man auf eine nicht unerwartete, aber in ihrer statistischen Signifikanz doch bemerkenswerte Beziehung: Hohe Arbeitslosenquoten korrelieren mit niedrigen Werten der Angebot-Nachfrage-Relation und umgekehrt (Übersicht 3). In den nördlichen Bundesländern dominieren hohe Arbeitslosenquoten bei niedriger Angebot-Nachfrage-Relation, im Süden herrscht die umgekehrte Zuordnung vor. Diese Zusammenhänge lassen vermuten, daß die regionalen Disparitäten in der Ausbildungsversorgung wohl kaum in absehbarer Zeit zu stoppen sein werden. Das „Duale System“ der Berufsausbildung ist eben kein sich selbst regulierendes oder durch bildungspolitische Zielsetzungen kurzfristig steuerbares, quasi-autonomes Teilsystem, sondern eine kostenintensive Rekrutierungs- und Qualifizierungsinstanz, deren Regelung pri-

mär ökonomischen Kalkülen unterliegt. Das Nord-Süd-Gefälle der Ausbildungschancen ist Ausdruck säkularer Strukturprobleme wirtschaftlichen Wandels und deshalb auch weitgehend resistent gegenüber konjunkturellen Entwicklungen.

Die Situation des Übergangs von der Schule in den Beruf ist durch die Differenzierung nach Ländern und in der Konfiguration des Nord-Süd-Gefälles zwar differenzierter beschrieben als durch Globalindikatoren, aber für Zwecke der Jugendpolitik und -forschung immer noch viel zu grob gezeichnet. Für die Beurteilung der Frage nach dem weiteren Bedarf an Maßnahmen für marktbenachteiligte Jugendliche und solche, die besonderer Förderung bedürfen, sei jedoch ein erstes Fazit erlaubt: Bei zunehmender Vergrößerung regionaler Disparitäten macht es zunehmend weniger Sinn, jugend- und bildungspolitische Entscheidungen auf globale Trendaussagen zu stützen, zumal dann, wenn zu erwarten ist, daß die Konsequenzen solcher Entscheidungen (z. B. Abbau von Maßnahmen) die Situation benachteiligter Jugendlicher noch mehr verschlechtern.

Dabei ist es mit einer Differenzierung der Problemlagen und Maßnahmen für die Problembewältigung nach Bundesländern selbstverständlich nicht getan. Die Vergrößerung regionaler Versorgungsdisparitäten zeichnet sich nicht nur auf Länderebene ab, sondern — wie unsere Auswertungen ergeben — auch innerhalb der Länder zwischen den einzelnen Arbeitsamtsbezirken. Zwar liegen die internen Varianzen bei den einzelnen Bundesländern deutlich unter der (systematischen) Gesamtvarianz, was auf die Wirksamkeit struktureller Einflußfaktoren hinweist. Auffallend aber ist, daß sich die Meßwerte dieses Streuungsparameters bezogen auf die einzelnen Arbeitsamtsbezirke während der 80er Jahre ebenfalls erhöht haben. Und das heißt: Innerhalb der Länder gibt es Faktoren, die dazu führen, daß die Versorgungsniveaus an den unterschiedlichen Standorten zum Teil erheblich differieren, wenn auch mit deutlich geringerer Stabilität als auf Länderebene (Übersicht 4).

3. Zur Übergangsproblematik Jugendlicher in der Region Duisburg unter besonderer Berücksichtigung von Struktur und Funktionalität des Maßnahmenbereichs

Vor dem Hintergrund dieser allgemeineren Ausführungen wenden wir uns jetzt der besonderen Situation Duisburgs zu, einer Stadt, die hinsichtlich der Beschäftigungslage und Ausbildungsversorgung schon seit Jahren zu den besonders stark belasteten Arbeitsamtsbezirken zählt (vgl. STADT DUISBURG/NIEDERRHEINISCHE INDUSTRIE- UND HANDELSKAMMER DUISBURG-WESEL-KLEVE ZU DUISBURG 1988). Die wirtschaftliche Situation Duisburgs und die regionale Beschäftigungsentwicklung hängen eng mit der Problemlage des Ruhrgebiets zusammen. Sie kann hier nur mit einigen Stichworten angedeutet werden: geringe durchschnittliche Wachstumsraten, hohe Beschäftigungsverluste und Arbeitslosigkeit, beträchtliche Wanderungsverluste und starke Belastungen der kommunalen Haushalte durch den hohen Anteil der Sozialhilfeempfänger an der Bevölkerung (vgl. SACHVERSTÄNDIGENRAT ZUR BEGUTACHTUNG DER GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG 1988). Ein wesentlicher Faktor für die Probleme und Herausforderungen, denen sich die Stadt Duisburg heute gegenübergestellt sieht, ist die negative wirtschaftliche Entwicklung zunächst des Bergbaus und später verstärkt der stahl- und eisenschaffenden Industrie. Die Krise der Montanindustrie setzte 1974 ein, sie verschärfte sich wieder in der Rezessionsphase 1981/83 und hat durch die angekündigte Stilllegung der Krupp-Stahl-Werke in Rheinhausen 1987/88 einen weiteren Höhepunkt erreicht (Übersicht 5). Insgesamt betrachtet haben die damit verbundenen Einbußen an Wirtschaftskraft zu einer Abkopplung Duisburgs von der wirtschaftlichen Entwicklung im Bundesgebiet geführt. Damit einher ging spiegelbildlich das Auseinanderklaffen der Arbeitslosenquote insgesamt (Übersicht 6), der Dauerarbeitslosigkeit (Übersicht 7) sowie der Angebot-Nachfrage-Relationen in bezug auf Ausbildungsstellenangebot und -nachfrage (Übersicht 8). Duisburg bildete 1988 mit einer Angebot-Nachfrage-Relation von 92,1 das Schlußlicht bei der Ausbildungsversorgung aller Arbeitsamtsbezirke in der Bundesrepublik Deutschland. Der Rückgang des Ausbildungsplatzangebots konnte durch die demographisch bedingte Verringerung der Ausbil-

dungsplatznachfrage nicht kompensiert werden; zwischen 1984 und 1988 ging das in neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen realisierte Angebot um nahezu ein Sechstel (von 5 756 auf 4 832) zurück (Übersicht 9).

Über die Dunkelziffer der statistisch nicht erfaßten Jugendlichen gibt es verständlicherweise höchst unterschiedliche Auffassungen. Nach sehr vorsichtigen Schätzungen schwankt die Zahl der Duisburger Jugendlichen ohne Ausbildung und Arbeit unter 25 Jahren seit 1984 jährlich zwischen 9 000 und 10 000. Das waren durchschnittlich 12,5 % aller 16-bis unter 25jährigen Duisburger (Übersicht 10). Für bildungsplanerische Überlegungen sind solche Globalzahlen wenig hilfreich, weil sie keine differenzierten Aufschlüsse über Herkunft und Verbleib der Jugendlichen beim Übergang von der Schule in den Beruf geben. Die im Zusammenhang unserer Regionalstudien entwickelten und für die Erstellung der Duisburger Berufsbildungsberichte durchgeführten Input-Output-Analysen setzen bei diesem Informationsdefizit an (vgl. STADT DUISBURG — DER OBERSTADTDIREKTOR 1985 ff.; KUTSCHA/STENDER 1986; KUTSCHA 1987)⁴. Nach den Berechnungen mit Hilfe der Input-Output-Matrix mündeten im Jahr 1987 gut zwei Fünftel aller Schulabgänger, Einpendler und Altnachfrager in eine Berufsausbildung des Dualen Systems ein, mehr als ein Viertel befand sich in schulischen und außerschulischen Maßnahmen bzw. Teilzeit-Berufsschulen mit schulpflichtigen Jugendlichen ohne Ausbildungsvertrag (1 534) oder verließ das Bildungssystem ohne berufliche Ausbildung (2 076) (Übersichten 11 und 12).

Die Chancen, einen Ausbildungsplatz zu erhalten, bzw. das Risiko, auf Maßnahmen ausweichen zu müssen oder arbeitslos zu werden, waren sehr ungleich verteilt. Dabei stehen insbesondere weibliche Jugendliche, BVJ- und BGJ-Absolventen sowie das Altnachfragerpotential auf der Schattenseite des Verteilungsprozesses. Die relativ höchsten Übergangsquoten in bezug auf Maßnahmen sind bei den Absolventen der Sonder- und Hauptschule zu verzeichnen. Für rund 56 % aller SonderschulabgängerInnen und ein Viertel aller HauptschulabgängerInnen begann die berufliche „Laufbahn“ mit dem Besuch einer schulischen oder außerschulischen Maßnahme oder der Einschulung in Berufsschulklassen mit Jugendlichen ohne Ausbildungsvertrag. Unter den Bedingungen des Duisburger

Ausbildungsstellen- und Arbeitsmarkts ist der Hauptschulbesuch schon längst nicht mehr der Königsweg in die Berufsausbildung, am wenigsten für diejenigen Jugendlichen, die die Hauptschule ohne Abschluß verlassen oder gar nicht erst die Abschlußklasse erreichen (FrühabgängerInnen).

Dieser Befund wird bestätigt durch die Ergebnisse einer Längsschnittuntersuchung bei FrühabgängerInnen aus Duisburger Hauptschulen (Entlaßjahrgang 1984), die in enger Kooperation mit unseren Regionalforschungsprojekten von der Wissenschaftlichen Begleitung des EG-Modellversuchs „Von der Schule ins Erwachsenen- und Berufsleben — Beratung und Förderung Jugendlicher zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit“ durchgeführt wurde (WEISS 1987)⁵. Dazu einige wichtige Ergebnisse (Übersichten 13 und 14):

Drei Jahre nach Schulabgang befanden sich von den befragten FrühabgängerInnen 66 % der Jungen und nur 28 % der Mädchen in Ausbildungsstellen oder Arbeit. Trotz dieses katastrophalen Ergebnisses bedürfen die Maßnahmen im Hinblick auf den individuellen Bildungsgang der Jugendlichen, worauf im nächsten Abschnitt zurückzukommen sein wird, einer differenzierten Betrachtung. Drei Viertel der befragten FrühabgängerInnen aus Hauptschulen traten nach Beendigung des Hauptschulbesuchs in eine Maßnahme ein; nur 4 % erhielten einen Arbeitsplatz und 10 % eine Ausbildungsstelle. Von den TeilnehmerInnen der außerschulischen Maßnahmen waren zum Zeitpunkt der zweiten Befragung 22 % arbeitslos und 26 % wiederum in einer Maßnahme; aber immerhin 12 % hatten eine Arbeit und 19 % eine Ausbildungsstelle gefunden. Und so sah die Situation zum Zeitpunkt der dritten Befragung aus: Die TeilnehmerInnen schulischer Maßnahmen wurden zum größten Teil arbeitslos (40 %) oder erhielten eine Ausbildungsstelle (35 %). Anders die Polarisierung bei den AbgängerInnen der außerschulischen Maßnahmen. Von ihnen wechselte der größte Teil in eine weitere Maßnahme (36 %) oder in eine Arbeitsstelle (31 %). Kurzum: Gelang der Übergang in Ausbildungs- oder Arbeitsstellen nicht, so mündeten TeilnehmerInnen schulischer Maßnahmen eher in Arbeitslosigkeit, während Absolventen außerschulischer Maßnahmen eher einen weiteren Maßnahmenbesuch anschlossen.

Offenbar erfüllen Maßnahmen im Übergangs- und Berufsfindungsprozeß unterschiedliche Funktionen, und zwar in Abhängigkeit von der jeweiligen Institutionalisierung der Lehrgänge im regionalen Bildungssystem einerseits und von den bildungs- und berufsbiographischen Entwicklungsverläufen der Jugendlichen andererseits. Dies ist für unsere Forschungsarbeit auch der Grund, weshalb wir unsere Aufmerksamkeit sowohl auf die strukturellen Rahmenbedingungen als auch auf die mit ihnen vernetzten individuellen Entwicklungsprozesse richten. Nur in wechselseitiger Betrachtung der institutionalisierten Lernumwelten mit ihren unterschiedlichen Selektionsmechanismen und Sozialisationspotentialen einerseits und der darauf bezogenen Wahrnehmungsweisen und Verarbeitungsstrategien im subjektiven Handlungszusammenhang andererseits lassen sich nach unserer Auffassung empirisch gehaltvolle und praxisrelevante Aussagen über die Wirksamkeit von Maßnahmen begründen.

Bevor wir näher auf die subjektive Seite der Wirksamkeit von Maßnahmen eingehen, wollen wir noch einige Ergebnisse aus unseren statistischen Erhebungen bei den Trägern von Maßnahmen zusammenstellen und kurz interpretieren: Von allen berufsvorbereitenden Maßnahmen und Förderlehrgängen, die 1986 in Duisburg begonnen haben, konnten insgesamt 86 Maßnahmen mit insgesamt 1 609 TeilnehmerInnen erfaßt werden (Übersichten 15 und 16); das entspricht nach überschlägigen Kontrollberechnungen einem Anteil von 70 % der Grundgesamtheit. Bei der Mehrzahl der Maßnahmenträger handelte es sich um gemeinnützige Träger (55, %), der Rest entfiel zu einem Viertel auf kommunale Träger und zu einem Fünftel auf privatwirtschaftliche Träger. Über die Hälfte der TeilnehmerInnen in Maßnahmen konzentrierte sich auf nur drei berufliche Schwerpunkte, nämlich Metalltechnik (25,4 %), Hauswirtschaft/Gesundheit (12,3 %) und Holztechnik (17,3 %). Es handelt sich um Berufsbereiche, die unter Arbeitsmarktaspekten höchst problematisch sind, aber im individuellen Lebenszusammenhang durchaus eine wichtige Rolle spielen können (vgl. Teil 4).

Was die Zusammensetzung der TeilnehmerInnen nach Alter, Geschlecht, Vorbildung und Staatsangehörigkeit betrifft, lassen sich typische Entwicklungen beobachten. Die in Maßnahmen versorg-

ten Jugendlichen hatten — im Vergleich zu vorangegangenen Untersuchungen — von Jahr zu Jahr ein höheres Altersniveau, weit über die Hälfte war 1986/87 neunzehn Jahre und älter. Insgesamt hat sich der Anteil der Mädchen gegenüber den Vorjahren auf rund 48 % und der Anteil der ausländischen Jugendlichen auf 48,5 % erhöht; junge Frauen sind in Maßnahmen mithin leicht unterrepräsentiert, ausländische Jugendliche stark überrepräsentiert. Immer mehr TeilnehmerInnen verfügten beim Eintritt in die Maßnahmen über den Hauptschulabschluß. Gab es 1984 nur 28,9 % Jugendliche mit Hauptschulabschluß, waren es zwei Jahre später bereits 38,2 % — bei den jungen Frauen sogar fast die Hälfte. Auffallend ist die Veränderung der Qualifikationsstruktur bei den ausländischen TeilnehmerInnen. 1984 konnte nur knapp ein Fünftel der jungen Ausländer einen Hauptschulabschluß nachweisen, 1986 waren es fast 45 %.

Die Auswertungsergebnisse zum Verbleib Jugendlicher nach Abschluß bzw. Beendigung des Maßnahmenbesuchs weisen auf deutliche Tendenzen zur maßnahmetypischen Selektion hin (Übersicht 17). Zunächst einmal ist darauf zu verweisen, daß gut ein Viertel der TeilnehmerInnen die Maßnahmen vorzeitig beendete; davon gingen rund 12 % in Ausbildung, 14 % in Arbeit; 19 % waren arbeitslos, und bei fast 45 % ist der Verbleib unbekannt. Sieht man aus statistischen Gründen von dieser schwer faßbaren und interpretierbaren Gruppe der vorzeitig ausgeschiedenen TeilnehmerInnen ab, ergibt sich für die insgesamt 633 verbleibenden Absolventen folgendes Bild: Jeweils ein Viertel ging in Ausbildung und Arbeit und knapp 10 % anschließend erneut in eine Maßnahme. 13,5 % wurden arbeitslos, und bei einem Viertel der Absolventen ist der Verbleib nicht zu ermitteln.

Auffallend sind die Differenzen zwischen den unterschiedlichen Maßnahmen hinsichtlich des Verbleibs der Absolventen. Dazu einige Angaben zu den am stärksten besetzten Maßnahmentypen: Lehrgänge vom Typ „Arbeiten und Lernen“ sehen eine Kombination von halbtägiger Tätigkeit in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und einen Lernteil vor, der der Förderung der Allgemeinbildung dienen und gegebenenfalls den nachträglichen Erwerb eines Schulabschlusses (in der Regel des Hauptschulabschlusses) ermöglichen soll. Sie werden in der Regel von gemeinnützigen Trägern durchge-

führt, die während der Lehrgangsdauer auch eine sozialpädagogische Betreuung anbieten, aber selbst keine Ausbildungs- und Arbeitsmöglichkeiten nach Abschluß des Lehrgangs zur Verfügung stellen können. Von 96 Absolventen dieser Lehrgänge mündete ein Fünftel in Arbeit und ein Prozent in Ausbildung ein; nahezu 30 % wurden arbeitslos, und bei einem Viertel schloß sich ein weiterer Maßnahmenbesuch an, ein äußerst bedenkliches Ergebnis, zumal noch 24 % der Absolventen zu berücksichtigen sind, deren Verbleib unbekannt ist.

Völlig anders ist die Funktion der Berufsförderlehrgänge. Sie werden in betrieblicher Trägerschaft durchgeführt, und zwar mit dem Zweck der Vorbereitung auf eine Ausbildung gemäß den Bestimmungen des Ministers für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie des Landes Nordrhein-Westfalen. Die Träger selbst bieten anschließend Arbeits- und Ausbildungsmöglichkeiten an. Obwohl das Qualifikationsniveau der (männlichen) Teilnehmer — in der Regel Sonderschüler und Jugendliche ohne Hauptschulabschluß — eher noch ungünstiger als das der TeilnehmerInnen an Maßnahmen vom Typ „Arbeiten und Lernen“ ist, sind relativ hohe Quoten des Übergangs in Ausbildung und Arbeit zu verzeichnen. Von 102 Absolventen gelang rund 47 % der Übergang in Ausbildung und 34 % der Übergang in Arbeit. Nur selten werden Absolventen in die Arbeitslosigkeit entlassen.

Wertet man das vorliegende Material clusteranalytisch aus, so verdichtet sich die Vermutung, daß der Maßnahmenbereich im Kontext des Duisburger Bildungs- und Beschäftigungssystems nicht bloß eine diffuse Überbrückungsfunktion erfüllt, sondern — teils im Bewußtsein der betroffenen Jugendlichen, teils gleichsam hinter deren Rücken wirksam — spezifische Auslese- und Qualifikationsfunktionen für die Rekrutierung von Arbeitskräften unterhalb des Facharbeiterniveaus übernimmt. Dabei zeichnen sich typische Teilmarktstrukturierungen nach Geschlecht und Staatsangehörigkeit mit unterschiedlichen Chancen des Zugangs zu Beschäftigungs- und weiterführenden Qualifikationsmöglichkeiten ab. Bei einer Dreiteilung des Maßnahmenbereichs präsentiert das Segment mit frauentypischen Maßnahmenangeboten — der durchschnittliche Frauenanteil beträgt gut 80 % — die deutlich schlechteren Übergangschancen als das Segment mit den männer-

typischen Maßnahmen, zu dem insbesondere die betrieblichen Berufsförderlehrgänge zählen (Übersicht 18). Von den Absolventen der frauentypischen Maßnahmen mündete nur ein Fünftel in Ausbildung und ein Elftel in Arbeit; ein Sechstel wurde arbeitslos. Dagegen erhielten fast die Hälfte der Absolventen aus den männertypischen Berufsförderlehrgängen eine Ausbildungsstelle und ein Drittel einen Arbeitsplatz (Übersicht 18). Bei der Clusteranalyse nach Staatsangehörigkeit (Übersicht 19) ist festzustellen, daß bei jener Gruppe von Maßnahmen, in denen ausländische Jugendliche stark vertreten sind, besonders ungünstige Chancen des Übergangs in Arbeit und Ausbildung vorliegen. In den anderen Maßnahmengruppen sind die Ausbildungschancen für AusländerInnen deutlich besser. Gruppierungsanalysen, die das Merkmal der schulischen Herkunft berücksichtigen, führen dagegen nicht zu sinnvoll interpretierbaren Ergebnissen.

Offenbar spielen bei der Rekrutierung von Maßnahmeabsolventen und bei der Besetzung der ihnen noch verbleibenden Ausbildungs- und Arbeitsmöglichkeiten — es handelt sich überwiegend um Tätigkeitsbereiche mit unsicheren Beschäftigungsaussichten (vgl. SCHÖBER 1980) — Verhaltensmerkmale und -dispositionen eine Rolle, die weniger den schulischen Leistungen zugerechnet werden als bestimmten, mit Geschlecht und Nationalität, aber auch mit Anpassungsbereitschaft und Durchhaltevermögen attribuierten Eigenschaften der MaßnahmenteilnehmerInnen. Wie diese „feinen Unterschiede“ in den Maßnahmen selbst wirksam werden, wie die betroffenen Jugendlichen sie wahrnehmen und verarbeiten, wie sie dabei unterstützt, aber auch behindert werden durch die stets subjektiv erfahrenen, gleichwohl objektiv wirksamen Mechanismen maßnahmenspezifischer Lernumwelten, wie sie ihren eigenen Weg suchen und vielleicht auch finden, darüber wollten wir in unserem Forschungsprojekt über die Wirksamkeit von Maßnahmen weitergehende Aufschlüsse aus Sicht der Jugendlichen erhalten.

4. Zur Wirksamkeit von Maßnahmen im berufsbiographischen Entwicklungsprozeß und Lebenszusammenhang der Jugendlichen — Befragungsergebnisse und Fallstudien

Ausgehend von den oben angesprochenen Problemlagen haben wir von September 1985 bis zum Jahresende 1986 mit den TeilnehmernInnen von vier verschiedenen Maßnahmen jeweils 4-5 offene, durch Leitfäden strukturierte Interviews geführt (vgl. Übersicht 20). Die Leitfragen richteten sich darauf, wie die Jugendlichen selbst ihren Maßnahmebesuch einschätzen, insbesondere wie sie eingemündet sind, welche Bedeutung sie dem Besuch beimessen, welche Probleme sie selbst in der Maßnahme erleben, welche beruflich-biographischen Perspektiven sie entwickeln und welche sie später realisieren.

Wir haben insgesamt 74 Jugendliche etwa 3-5 mal befragt, und es liegen 185 Interviews vor. Aus zwei betrieblichen Lehrgängen (ein Berufsförderlehrgang und ein „Lehrgang gemäß Tarifvertrag“) sind 29 Jungen interviewt worden. Aus zwei Lehrgängen freier Träger (J6 Holz/Elektro bzw. Textil/Elektro) haben 33 Mädchen und 12 Jungen an der Untersuchung teilgenommen.

Zunächst zu den Ergebnissen der vergleichenden Auswertung, die hier kurz thesenartig vorgestellt werden sollen: Maßnahmen sind nicht Bestandteile von standardisierten Bildungsgängen, folglich haben sie keine präzise operationalisierte Zielsetzung. Wir haben deshalb gefragt, mit welchen Anforderungskomplexen sich die Jugendlichen konfrontiert sehen und wie sie diese Anforderungen in Entwicklungsaufgaben übersetzen (vgl. GRUSCHKA/KUTSCHA 1983; DREHER/DREHER 1985). Dabei gibt es zwischen den betrieblichen Maßnahmen und denen der freien Träger ganz erhebliche Unterschiede. In unserem Untersuchungszeitraum war davon auszugehen, daß die Jugendlichen in den betrieblichen Lehrgängen mit einer Übernahme in den Betrieb nach Ablauf des Lehrgangs rechnen konnten. Das hat ihre beruflich-biographische Perspektive von Anfang an sehr stark fokussiert, und im Zentrum ihrer Vorstellungen stand ausnahmslos das Interesse, später vom Betrieb übernommen zu werden und Arbeitslosigkeit um fast jeden Preis zu vermeiden. Dazu mußten die Teilnehmer an den betrieblichen Fördermaßnahmen im wesentlichen drei Anforderungskomplexe bewältigen:

- die Integration in die Ordnung des Betriebes, insbesondere die der Ausbildungswerkstatt;
- die Bewältigung unterschiedlicher Anforderungen an den verschiedenen Lernorten, und zwar in dem Metall-Grundkurs, in der Dreherei, der Schweißerei, der Schmiede, aber auch bei dem Betriebseinsatz und in der Werk- und der Berufsschule;
- die Akzeptanz der durch die Ausbildungsleitung und das Personalwesen bestimmten Zuweisungen zu einer bestimmten Position im Betrieb am Ende des Lehrgangs.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß die Jugendlichen die Aufgabe der Betriebsintegration und die Anforderungen der Arbeits- und Lernaufgaben akzeptiert und, abgesehen von wenigen Ausnahmen, bewältigt haben. Aufschlußreich ist auch die Antwort auf die Frage nach der Akzeptanz der weiteren betrieblichen Karriere. Viele Jugendliche wünschen sich zu Beginn des Lehrgangs, daß sie später in eine dreijährige Ausbildung übernommen werden. Beim Durchlaufen der verschiedenen Lernorte und bei dem mehrwöchigen Betriebseinsatz kristallisiert sich eine Einschätzung bezüglich der Ausbildungsanforderungen und der eigenen Leistungsfähigkeit heraus. Daraus ziehen viele Jugendliche die Konsequenz, auf eine dreijährige Berufsausbildung freiwillig zu verzichten. Sie favorisieren eine zweijährige Werker Ausbildung nach § 48 BBiG oder den unmittelbaren Übergang auf einen Arbeitsplatz im Betrieb. Am Ende des Lehrgangs stellt sich heraus, daß die Entscheidungen über die weitere berufliche Karriere, die der Betrieb trifft, in fast allen Fällen mit den zuletzt entwickelten Wünschen übereinstimmen.

Was die betriebliche Funktion dieser Maßnahmen betrifft, so läßt sich festhalten, daß die beiden von uns untersuchten Lehrgänge zur Deckung des innerbetrieblichen Bedarfs an jungen Arbeitern und an Auszubildenden im Werkerbereich dienen, und daß die Lehrgangsteilnehmer für sich diese Perspektive akzeptiert bzw. sich daran angepaßt haben. Damit ist freilich über deren langfristige Berufszufriedenheit noch nichts ausgesagt (vgl. ECKERT 1987; Stadt Duisburg — der Oberstadtdirektor 1987 II, S. 132-149).

Bei den Maßnahmen freier Träger, bei den von uns untersuchten J6-Lehrgängen Textil/Elektro und Holz/Elektro, lagen ganz andere Probleme vor. Nach unserer Einschätzung sind es vier Anforderungskomplexe, mit denen die Träger ihre TeilnehmerInnen konfrontieren. Es sind

- die Vermittlung positiver Erfahrungen mit unterrichtstypischem Lernen; diese Anforderung ergibt sich schon daraus, daß die Hälfte der Zeit in den Maßnahmen für Unterricht verwandt wird;
- die Erschließung männertypischer Berufe, bedingt durch die Lernbereiche Elektro und Holz;
- die Vermittlung von Orientierungen auf dem Arbeits- und Ausbildungsplatzmarkt;
- die Problematisierung der traditionellen Frauenrolle und -biographie.

Dazu ist zu sagen, daß die letzten beiden Punkte im Bewußtsein der TeilnehmerInnen eine geringe Rolle spielen: es gibt keine explizite Frauenrollenfixierung. Auch die Orientierung auf dem Arbeitsmarkt bleibt unbedeutsam, weil hier fast keine Vermittlungschancen bestehen. Erfolgreich ist dagegen der Abbau der Vorurteile gegen die „Männerarbeit“ im Elektrobereich. Auch hinsichtlich der Unterrichtsakzeptanz lassen sich bei einigen TeilnehmerInnen Fortschritte verzeichnen.

Was aber die Arbeit der freien Träger sehr erschwert, ist die — bezogen auf Alter und Schulabschluß — äußerst heterogene Teilnehmerstruktur. Hinzu kommt die offene Organisationsstruktur und die große Fluktuation, die sich aufgrund der verspäteten Einsteiger und der Abbrecher ergibt. Von großer Bedeutung ist auch die offene Anschlußsituation, denn die Träger können nur in begrenztem Maße weitere Beschäftigungs- oder Bildungsmöglichkeiten anbieten. Die Interviews haben gezeigt, daß sich aus dieser Problemkonfiguration vier verschiedene TeilnehmerInnengruppen ergeben, die die Lehrgänge unterschiedlich nutzen:

- Eine Gruppe von etwa sechs TeilnehmerInnen kann die Maßnahme als biographisches Versatzstück in ihrer geplanten Berufsbiographie nutzen, sie verfügt über eine später realisierbare Anschlußperspektive.
- Elf TeilnehmerInnen haben eine nur gering ausgeprägte Berufsperspektive. Sie akzeptieren den Lehrgang, damit sie „überhaupt erstmal irgendwas haben“.
- Zehn TeilnehmerInnen haben eine ausgeprägte berufliche Perspektive. Das sind insbesondere jene TeilnehmerInnen, die schon relativ alt sind und die schon andere Berufs- oder Arbeitserfahrungen hinter sich haben.
- Vier TeilnehmerInnen sind sehr unzufrieden, weil sie sich erhofft hatten, unmittelbar in eine Arbeitstätigkeit überzuwechseln.

Als weiteres, wichtiges Ergebnis ist anzumerken, daß über die Hälfte der TeilnehmerInnen den Lehrgang vorzeitig beendet, aber

immerhin 19 von 29 AbbrecherInnen aufgrund der Möglichkeit, eine Arbeit aufzunehmen. Die Nachbefragung hat allerdings gezeigt, daß diese Arbeitsverhältnisse oft wenig dauerhaft sind (zu dieser Problematik siehe auch: SCHÖBER 1980). Die TeilnehmerInnen, die bis zum Ende im Lehrgang verbleiben, werden zunächst alle arbeitslos und münden erst später in andere Maßnahmen oder Arbeit ein.

Diese Befunde lassen sich dahingehend zusammenfassen, daß die Maßnahmen der freien Träger eine biographische „Aufwärmstation“ vor den Toren des Arbeitsmarktes sind, die dafür sorgt, daß die Jugendlichen „nicht zu Hause sitzen“ müssen, daß sie sich selbst als befristet „in Arbeit“ verstehen und die Lernchancen, die Betreuungsangebote und die Kontakte des Trägers nutzen können.

Diese Ergebnisse mögen nicht sehr überraschen. Bereits in den älteren, aber auch in den neueren Studien zur Wirksamkeit von Maßnahmen (CHRISTE 1989; FRIEBEL 1983, 1985; HEINZ u. a. 1985; KLOAS/STENGER 1980; KOKOSKAL/KNOLL 1981; MÜLLER 1983; SCHÖBER 1980, 1986; SIEHLMANN 1983) sind viele dieser Aspekte und Probleme schon angesprochen. Insbesondere jene Aussagen, wie sie etwa in der Bremer Studie von HEINZ u. a. (1985) als „Deutungsmuster“ beschrieben werden, lassen sich auch in unserer Untersuchung bestätigen. Das gilt insbesondere für Äußerungen wie „bloß nicht auf der Straße liegen“ (S. 234) oder „Hauptsache, ich hab was“ (S. 225) und für die explizite Bereitschaft, sich auf alle Möglichkeiten einzustellen und dann immer genau das machen zu wollen, was sich anbietet (S. 231). Was freilich immer noch unzureichend geklärt ist, sind jene subjektiven Erfahrungs- und Sozialisationsprozesse, in denen diese „Deutungsmuster“ und diese Anpassungsbereitschaft erzeugt werden. Mit der Entscheidung, dieser maßnahmenpädagogisch zentralen Frage nachzugehen, können wir uns jenen Vorstellungen nicht anschließen, die mit fundamentaler Kritik, tendenziell sogar mit dem Vorschlag der Auflösung der Maßnahmen aufwarten, wie das z. B. in der Jonas-Studie des BiBB (Jugendliche ohne Arbeit) der Fall ist (KLÄHN u. a. 1988, S. 260).

Unabhängig davon, wie Maßnahmen bildungspolitisch eingeschätzt werden, besetzen sie bei ihren TeilnehmerInnen eine biographische Zeitspanne, in der ganz massiv über Entwicklungs-

oder Übergangschancen entschieden wird. Zwar sind das nur selten Berufsentscheidungen im Spektrum anerkannter Ausbildungsberufe, aber auch unterhalb dieser Ebene gibt es ein breites Band von denkbaren Berufskarrieren, das von Arbeitslosigkeit bis zum relativ guten Angelernten-Job oder zur Werker- Ausbildung nach § 48 BBiG reicht und ein facettenreiches Spektrum von Möglichkeiten eröffnet. Wie solche Entscheidungen vonstatten gehen, soll an zwei Fallbeispielen illustriert werden.

a) Falldarstellung: „Ömer“

Ömer kommt mit 17 Jahren nach einigen erfolglosen Bewerbungen um Ausbildungsstellen in den TV-Lehrgang eines Großbetriebes der Duisburger Stahlindustrie. Er ist Türke, 17 Jahre alt, ist vor 13 Jahren in die Bundesrepublik gekommen und hat die Hauptschule nach Klasse 8 verlassen.

Im Lehrgang kommt er gut zurecht, und es gefällt ihm dort besser als in der Schule. Er möchte, so betont er im ersten Interview, anschließend eine Ausbildung machen, und zwar als Elektriker oder Schlosser. Im dritten Interview nimmt er von diesem Plan Abstand. Auf seinen früher geäußerten Ausbildungswunsch hin befragt, sagt er: „Ich kann mich nicht erinnern, aber eigentlich möchte ich arbeiten“ (7a3, S. 5). Das kann er genauer erläutern: Für die Elektrikerausbildung fehle ihm der Hauptschulabschluß, die Schweißerausbildung dauere ihm viel zu lange, er möchte demnächst heiraten, da brauche man Geld, und außerdem könne es ja auch sein, daß man nach der Ausbildung nicht übernommen werde, weil es vielleicht keinen freien Arbeitsplatz mehr gäbe. Sein Vater habe ihm auch den Rat gegeben, auf Ausbildung zu verzichten. Man habe zudem in der Türkei ein Haus gekauft, und sein Vater wolle vielleicht bald zurückkehren, und deshalb sei es nötig, Geld zu verdienen. Nicht zuletzt werde er über eine Ausbildung, die noch mal drei Jahre dauert, viel zu alt. Allenfalls könne er eine Werker Ausbildung, die noch ein Jahr dauert, in Kauf nehmen.

Bei vielen seiner ausländischen, aber auch bei den deutschen Kollegen tritt eine solche Entwicklung der Ausbildungsmotivation ein. Sie führt nicht zu besonderen Ereignissen, weil ohnehin nur

sehr wenigen Lehrgangsabsolventen eine reguläre Ausbildungsstelle angeboten wird. Der Regelfall ist die Einmündung in Arbeit oder in die Werker Ausbildung. Bei unserem Jugendlichen war das nicht der Fall, denn man hat ihn tatsächlich für eine Betriebschlosserausbildung vorgesehen. Er hat dieses Angebot jedoch abgelehnt. Vermutlich ist ihm das nicht leicht gefallen, denn er sagt dazu im Interview: „Ich habs mir lange überlegt, ob ich das nehmen soll oder ob ich das ablehnen soll. Da kam der Herr D. und hat gesagt: Na, was machst Du jetzt? — Hab ich gesagt: Betrieb“ (7a4, S. 3). Seine Hoffnung richtet sich jetzt auf eine Stelle als Kran- oder LKW-Fahrer, aber sie erfüllt sich nicht. Er wird Flämmer. Dabei handelt es sich um eine Tätigkeit, die sehr belastend ist, weil hier unmittelbar an heißen Stahlbrammen gearbeitet und eine Oberflächenbehandlung durchgeführt wird. Es ist eine Arbeit im Contischicht-Rhythmus.

Im Nachinterview wird klar, daß ihm diese Arbeit gar nicht zusagt. Er würde gern etwas anderes machen, aber Alternativen sind nicht in Sicht. So wünscht er sich eine berufsbegleitende Ausbildung oder einen Lehrgang im Elektrobereich, um damit Fähigkeiten zu erwerben, die er auch nutzen könnte, wenn er wieder in die Türkei zurückkehren müßte. Für Conti-Schicht-Arbeiter gibt es solche Möglichkeiten jedoch so gut wie gar nicht.

Obwohl er über seine berufliche Entwicklung nicht glücklich ist, kann er die Gründe, die zu seiner Entscheidung geführt haben, akzeptieren. Er ist jetzt bereits standesamtlich verheiratet und wird seine junge Frau demnächst aus der Türkei wieder nach Deutschland zurückholen können. Das ist für ihn sehr wichtig.

b) Falldarstellung: „Tanja“

Tanja ist zu Beginn des J6-Lehrgangs Textil/Elektro 17 Jahre alt. Sie hat die Hauptschule nach Klasse 8 verlassen, dann ein BVJ im Bereich Hauswirtschaft besucht und nach erfolgloser Stellensuche den Lehrgang bei einem Freien Träger begonnen. Eigentlich wollte sie einen Hauptschulabschlußkurs im Rahmen des „Arbeiten-und-Lernen“-Programms besuchen, aber der Arbeitsamtsberater hatte ihr mit dem Hinweis, daß das für sie wohl zu schwer sei, abgeraten

und den J6-Lehrgang vorgeschlagen. Dort sei nämlich auch eine gezielte Vorbereitung auf einen Hauptschulabschlußkurs möglich. Für sie persönlich stand jedoch der Textilbereich im Vordergrund, denn sie hat großes Interesse an Schneiderarbeiten. Hinsichtlich des Schulabschlusses hat sich bei ihr eine Veränderung ergeben: „Ich hab mir das, ... ehrlich gesagt, anders überlegt, nach diesem Kurs hier möchte ich keinen Hauptschulabschluß mehr machen, ... weil ich sehe, daß viele einen Hauptschulabschluß haben, sehr sehr viele, und trotzdem keine Arbeit kriegen! Und auch keine Lehre, und da möchte ich meine Zeit nicht verschwenden, ... mit dem Hauptschulabschluß, und ich weiß ja sowieso: danach sitz ich auf der Straße“ (17c1, S. 4). Trotzdem sieht sie keineswegs planlos in die Zukunft. Sie könnte vielleicht im Krankenhaus arbeiten, und sie hat sich auch schon bei einem Friseur wegen einer Lehrstelle erkundigt, der würde sie wohl auch ohne Hauptschulabschluß annehmen können. Wenn das alles erfolglos bleiben würde, könne man ja auch den Lehrgang noch mal wiederholen.

Im zweiten Interview berichtet sie über Erfahrungen, die ihre Pläne beträchtlich verändert haben. Es hat sich nämlich herausgestellt, daß der Friseur sie ohne Hauptschulabschluß nicht als Lehrling annehmen würde, „weil das ja auch sehr schwierig ist. Und, mit dem Krankenhaus, das ist mit dem Hauptschulabschluß so ne Sache. Ich hab mich entschlossen, den (Hauptschulabschluß) zu machen“. Alles, was sie sich vorgestellt hatte – Friseurin, Krankenpflegerin, Schneiderin, „... das klappt alles nicht ohne Hauptschulabschluß, ne“. Deswegen ist „... der (Hauptschulabschluß) jetzt wichtig für mich geworden, ne“ (17c2, S. 1 f). Diese Entscheidung ist in einen Kontext eingebunden, in dem eine Vielzahl von Faktoren jetzt doch für den Erwerb des Hauptschulabschlusses sprechen. Das ist zunächst die Information bezüglich der Friserausbildung, die sie von ihrem Freund erhalten hat. Ihr Freund hat ihr zugeredet, den HSA- Kurs zu besuchen (a.a.O., S. 15). Auch von ihrer Freundin ist sie „angespornt worden“, diesen Kurs zu machen. Bei der Lösung der organisatorischen Probleme hat ihr der Betreuer des J6-Kurses geholfen. „Der Jürgen hatte dann danach gefragt, wann einer (ein HSA- Kurs) anfängt. Und jetzt haben die (noch) Leute gesucht, die einen Hauptschulabschlußkurs machen wollen, und suchen noch weiter, damit sie genug Leute zusammenkriegen“

(a.a.O., S. 4). Vielleicht hatte Jürgen sogar den entscheidenden Anstoß gegeben, denn als noch Teilnehmer gesucht wurden „für den Hauptschulabschlußkurs, dann hatte der Jürgen direkt an mich gedacht, und hat auch noch andere gefragt, aber wollte keiner außer ich“ (17c3, S. 14). Mit dieser Entscheidung für den HSA-Kurs strukturiert sich für Tanja die gesamte berufliche Situation um. Sie ist bereit, für den Kurs lange Anfahrtswege in Kauf zu nehmen, sie hält den J6-Lehrgang jetzt für „reine Zeitverschwendung“ und möchte ihn nur noch dazu nutzen, ihre Lücken in Mathematik nachzubessern. Sie ist jetzt davon überzeugt, daß der Hauptschulabschluß ein wichtiges Zeugnis ist, das neue Chancen eröffnet. Wer trotz des Schulabschlusses nicht weiterkomme, so urteilt sie, sei selber schuld: „Mir ist auch jetzt klar geworden, (daß) die, die den Hauptschulabschluß haben, daß die auch kein Interesse haben, zu arbeiten, ne. Sind viele, die haben kein Interesse dazu, überhaupt sich irgendwie zu bemühen, ne Arbeitsstelle zu kriegen“ (17c2, S. 3). Sie dagegen ist voller Optimismus: „Ich möchte richtig arbeiten. Also am liebsten möchte ich jetzt ne Lehrstelle machen. Jetzt, wenn ich den Hauptschulabschluß hab, werd ich mich bemühen, ne Lehrstelle zu kriegen. Und ich werd eine kriegen“ (a.a.O., S. 11).

Im Nachinterview, das gegen Ende des Hauptschulabschlußkurses geführt worden ist, wird deutlich, daß sie den Anforderungen des Kurses durchaus gewachsen ist und daß sie ihn mit Erfolg abschließen wird. Ein Angebot, in eine feste Arbeit in einem Kabelwerk zu wechseln und dafür den Kurs abzubrechen, hat sie nicht wahrgenommen. Diese Arbeit könne sie „jetzt immer noch haben“ (17c3, S. 3). Im Anschluß an den HSA-Kurs will sie entweder eine Arbeitsstelle suchen oder eine Lehre anfangen. Nur weiter in die Schule gehen, das möchte sie auf keinen Fall.

Nun ließe sich einwenden, daß es sich hier um zwei Sonderfälle handelt. Das ist richtig und falsch zugleich. Bei beiden Jugendlichen gibt es klare Hinweise darauf, daß es jeweils besondere Bedingungen sind, die diese Fälle so und nicht anders verlaufen lassen. Bei Ömer ist es das Angebot der Betriebsschlosserausbildung, das Maßnahmenabsolventen nur selten erhalten. Ein Sonderfall ist Ömer vielleicht auch hinsichtlich der Gründe, die ihn zu seiner ablehnenden Entscheidung veranlaßt haben. Auch bei Tanja wird

deutlich, daß sich ihr Interesse an dem Hauptschulabschlußkurs nicht verallgemeinern läßt, denn sie weist darauf hin, daß andere MaßnahmenteilnehmerInnen das entsprechende Angebot nicht wahrgenommen haben. Zugleich sind beide Jugendliche aber keine Sonderfälle, weil hier in großer Deutlichkeit biographische Weichenstellungen aufgezeigt werden, die in ähnlicher Tragweite auch bei vielen anderen Jugendlichen eintreten. Solche Entwicklungen sind z. B.: die Entscheidung für einen weiteren Schulbesuch, für eine Ausbildung im Rahmen des Benachteiligtenprogramms oder eine Werkerausbildung, der Einstieg in eine feste Arbeit, aber auch der Verlust eines Arbeitsplatzes oder der Einstieg in Schichtarbeit oder auch die Organisation einer längeren Maßnahmenkarriere. In diesem Sinne ist die Teilnahme an Maßnahmen weitaus mehr als nur der Durchgang durch eine „Warteschleife“. In beiden Fallstudien läßt sich zeigen, daß allein schon durch die subjektive Übernahme der sozial normierten Anforderungen beim Übergang vom Jugendlichen zum jungen Erwachsenen so viele Veränderungen bei der Berufs- und Lebensplanung eintreten, daß es eine Warteschleife im Sinne eines Stillstandes der biographischen Entwicklung gar nicht geben kann.

Wenngleich diese biographischen Prozesse eine relative Eigendynamik aufweisen, die nicht einfach zu ignorieren ist, so soll bei den von uns gewählten Fällen gezeigt werden, in welcher Weise dieser Prozeß durch den Maßnahmenbesuch beeinflusst werden kann. Bei aller Unterschiedlichkeit der beiden Jugendlichen lassen sich doch erhebliche strukturelle Parallelen im Entwicklungsprozeß aufzeigen. Beide haben — wenn auch zeitlich etwas versetzt — eine berufsbiographische Orientierung entwickelt (den Hauptschulabschlußkurs bzw. eine Berufsausbildung im Metallbereich) und diese Pläne dann während des Maßnahmenverlaufs wieder aufgegeben. Ömer will — so zeigt das dritte Interview — keine Ausbildung mehr machen, Tanja will auf den Hauptschulabschlußkurs verzichten. Bei beiden Jugendlichen wird sichtbar, daß sie diese Veränderungen mit einem Netz von Begründungen überziehen und sich von den alten Plänen weit distanzieren (vgl. HEINZ u. a. 1985, S. 185). Das führt bei Ömer sogar so weit, daß er auf die Frage nach seinem früheren Ausbildungswunsch im dritten Interview antwortet, er könne sich daran nicht erinnern. Hier wird eine ganz erheb-

liche Verdrängungsleistung sichtbar. Zugleich ist das Geflecht von Gründen, daß er für seine Entscheidung angibt, so dicht, daß es gegen erneute Umstrukturierungen stabil abgesichert erscheint. Bei allen anderen türkischen Jugendlichen, die in die Untersuchung einbezogen waren, hätte eine solche Umorientierung der Berufswünsche nicht zu neuen Entscheidungssituationen geführt, denn die Chance einer Ausbildung wird ihnen i.d.R. gar nicht angeboten. Anders bei Ömer. Ihm wird diese Möglichkeit objektiv nahegelegt, aber er ist in der Entscheidungssituation aufgrund seines durch seine Vorentscheidungen determinierten Handlungspotentials nicht mehr in der Lage, dieses Angebot aufzunehmen. Die durch sein soziales Milieu bedingten und in sein subjektives Bewußtsein übernommenen Muster biographischer Normalität engen sein Handlungspotential derart ein, daß er in seiner weiteren beruflichen Entwicklung auf einen Arbeitsplatz festgelegt wird, dessen Anforderungsprofil für die Arbeitsbedingungen der türkischen Ausländer typisch ist, und dessen Restriktionen fast alle weiteren Entwicklungsmöglichkeiten blockieren. Mit anderen Worten: Er hat die Chance, sich seiner milieuspezifischen beruflichen Umwelt zu entziehen, nicht wahrnehmen können.

Bei dem Fall „Tanja“ verläuft der Entwicklungsprozeß entgegengesetzt. Sie hat bereits beim Eintritt in die Maßnahme ihren Plan, den Hauptschulabschluß nachzumachen, aufgegeben und mit guten Gründen untermauert. Gleichwohl bleibt ihr Spielraum für eine Revision dieser Entscheidung ungleich größer als bei Ömer. Mit ihrer Entscheidung, den Lehrgang zugunsten des Hauptschulabschlußkurses abzubrechen, verbindet sie eine Vielzahl von guten Gründen. Dabei soll hier allerdings nicht der Eindruck erweckt werden, daß solche Entscheidungen allein durch eine Abwägung von Gründen zustande kommen. Vielmehr kommt es darauf an, in den Entscheidungssituationen analytisch zu trennen, was sich an objektiven Handlungsmöglichkeiten anbietet und welche subjektiven Handlungspotentiale in der jeweiligen Situation zur Verfügung stehen (HOLZKAMP 1983, 1986)⁶. Sowohl Tanja als auch Ömer geraten in Entscheidungssituationen, in denen ihnen objektiv erweiterte Handlungsmöglichkeiten eröffnet werden. Trotzdem ist es nur Tanja, die die gebotene Chance wahrnehmen kann, während Ömer aufgrund des spezifischen soziokulturellen Erwartungsdrucks und

der Anforderungen in seinem „privaten“ Lebensbereich nicht mehr das Handlungspotential zur Verfügung steht, um diese Chance aufzunehmen.

An beiden Falldarstellungen wird deutlich, daß es jeweils ein Zusammenwirken von subjektiven und objektiven Faktoren ist, das die Übergangsentscheidungen determiniert. Dabei steht freilich außer Frage, daß auch in den subjektiven Faktoren jene Verhältnisse zum Ausdruck kommen, die von außen auf die beteiligten Jugendlichen einwirken. Das gilt sowohl für die an Ömer herangetragenen Erwartungen biographischer Normalität als auch für die von Tanja an unterschiedlichen biographischen Punkten entwickelte Einschätzung der Bedeutung des Hauptschulabschlusses. Auf diese Einflußfaktoren, die über den „Privatsektor“ an die Jugendlichen herangetragen werden, haben die Maßnahmen nur geringen Einfluß, weil sie diesen Bereich nur in geringem Maße und nur indirekt kontrollieren können. Der Schwerpunkt des Einflußbereichs der Maßnahmen liegt an anderer Stelle. Er betrifft genau den Punkt, an dem den Jugendlichen der Zugang zu möglichen Karrierewegen eröffnet werden könnte, der aber ohne institutionelle Hilfen nicht erreichbar ist. Die beiden vorgestellten Fälle machen deutlich, daß Karrierewege von den Jugendlichen nur dann eingeschlagen werden können, wenn diese Wege auf der Seite objektiver Handlungsmöglichkeiten eröffnet werden und wenn auf subjektiver Seite jene Blockaden abgebaut sind, die den Zugang zu diesen Wegen verschließen. Der Fall „Tanja“ hat gezeigt, daß die Teilnahme an der Maßnahme dazu beitragen kann, daß ein solcher Karriereweg subjektiv und objektiv eröffnet und eingeschlagen wird. Bei Ömer dagegen war diese Entwicklung trotz des günstigen Angebots aufgrund der in den biographischen Prozeß hineinwirkenden und subjektiv verarbeiteten Umweltbedingungen nicht mehr möglich.

Wenn die Abstimmung subjektiver und objektiver Handlungsmöglichkeiten erfolgreich verläuft, läßt sich eine positive (berufs)biographische Entwicklung anbahnen. Das freilich setzt zweierlei voraus:

- daß die Maßnahmen in der Lage sind, sich in ihrer Didaktik, Methodik und in ihrer sozialpädagogischen Arbeit auf die betroffenen Subjekte einzustellen, und

— daß es ein Angebot an objektiven Möglichkeiten auf dem Arbeits-, Ausbildungsplatz- oder Bildungsmarkt gibt, auf das hin die Maßnahmen ihre TeilnehmerInnen orientieren können.

Diese ganz entscheidenden Bedingungsfaktoren für die Wirksamkeit von Maßnahmen führen noch einmal zum Ausgangspunkt unseres Beitrages zurück: Wo die Versorgungslage der schulentlassenen Jugendlichen so schlecht ist, daß viele von ihnen nicht in Arbeit oder Ausbildung einmünden können, sind Maßnahmen nach wie vor unentbehrlich. Über diesen regionalen Bedarf kann auch die unzulässige Generalisierung des — statistisch gesehen — positiven Trends nicht hinwegtäuschen. Die Problemregionen, in denen nach wie vor auf Maßnahmen nicht verzichtet werden kann, sind aber zugleich — darauf ist bereits hingewiesen worden — auch die Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit. Folglich müssen die Maßnahmen genau dort durchgeführt werden, wo ihr Erfolg am schwierigsten ist, nämlich dort, wo auch an Anschlußperspektiven der größte Mangel besteht. Dieser strukturelle Widerspruch läßt sich nicht auflösen. Als Argument für die Abschaffung der Maßnahmen ist er jedoch völlig untauglich, ganz abgesehen von der Frage, ob es nicht auch eine pädagogische Rechtfertigung für Maßnahmen gibt, die sich mit marktbenachteiligten Jugendlichen in „vollversorgten“ Regionen befassen.

Übersicht 1:

Versorgung der Jugendlichen mit Ausbildungsplätzen in der Bundesrepublik Deutschland
1977-1988 (jeweils zum 30. September)

Jahr	Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge	Unbesetzte Ausbildungs- plätze	Noch nicht vermit- telte Bewerber	Angebot an Ausbil- dungs- plätzen	Nachfrage nach Aus- bildungs- plätzen	Angebotsüberhang (+) bzw. Nachfrageüber- hang (-)	
						absolut	Prozent
	(1)	(2)	(3)	(4) = (1) + (2)	(5) = (1) + (3)	(6) = (4) - (5)	(7) = (6) : (5)
1977	558400	25500	27000	583900	585400	-1500	-0,3
1978	601700	22300	23800	624000	625500	-1500	-0,2
1979	640300	36900	19700	677200	660000	17200	2,6
1980	650000	44600	17300	694600	667300	27300	4,1
1981	605636	37348	22140	642984	627776	15208	2,4
1982	630990	19995	34180	650985	665170	-14185	-2,1
1983	676734	19641	47408	696375	724142	-27767	-3,8
1984	705652	21134	58426	726786	764078	-37292	-4,9
1985	697089	22021	58905	719110	755994	-36884	-4,9
1986	684710	31170	46270	715880	730980	-15100	-2,1
1987	645746	44541	33880	690287	679626	10661	1,6
1988	604002	61962	24791	665964	628793	37171	5,9

Quelle: Bundesminister für Bildung und Wissenschaft (Hrsg.): Berufsbildungsbericht 1989,
Bonn 1989

Übersicht 2:

Gesamtangebot-Nachfrage-Relation nach den Ausbildungsplatzbilanzen für die Bundesrepublik Deutschland und die Bundesländer, 1980-1988 (jeweils 30. September)

	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988	
Baden-Württemberg	107,4	106,3	100,4	97,4	98,1	100,0	107,1	107,1	113,1	
Bayern	110,1	107,4	101,7	99,5	99,2	100,2	105,3	111,3	119,3	
Berlin	99,4	95,6	96,2	96,9	97,8	96,8	98,1	98,6	100,2	
Bremen	99,0	97,4	95,6	92,9	83,0	88,3	89,6	89,7	95,1	
Hamburg	99,0	96,9	94,3	90,8	89,8	89,8	91,9	96,5	97,2	
Hessen	102,4	99,6	96,1	95,2	95,6	97,2	98,8	102,3	106,2	
Niedersachsen	102,8	100,8	95,0	94,0	91,3	87,9	90,9	94,8	98,3	
Nordrhein-Westfalen	101,2	101,4	97,1	95,3	93,3	92,2	93,5	96,7	99,3	
Rheinland-Pfalz	101,4	98,4	95,8	95,5	95,0	96,3	99,1	102,7	107,2	
Saarland	103,6	101,3	95,9	94,7	92,8	93,9	97,9	100,7	101,7	
Schleswig-Holstein	102,9	99,0	97,2	97,8	97,9	97,9	99,9	101,8	103,9	
Bundesgebiet	104,1	102,4	97,9	96,2	95,1	95,1	97,9	101,6	105,9	
Varianz s^2	(a)	12,00	13,67	5,08	5,87	22,49	19,98	31,68	35,22	53,12
	(b)	14,30	18,19	6,30	6,48	23,87	20,26	31,89	37,38	58,10
Standardabw. s	(a)	3,46	3,70	2,25	2,42	4,74	4,47	5,63	5,93	7,29
	(b)	3,78	4,26	2,51	2,55	4,89	4,50	5,65	6,11	7,62

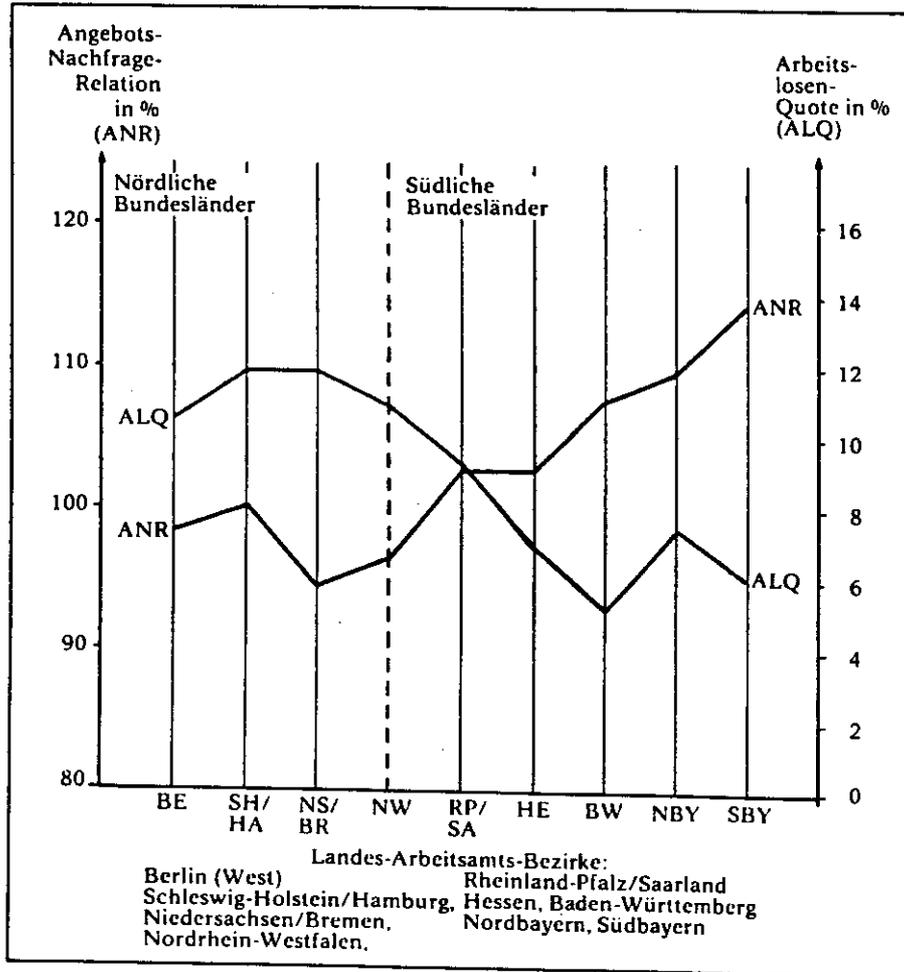
(a) Zur Berechnung der Varianz bzw. Standardabweichung wurde der Mittelwert aus den Durchschnittswerten der einzelnen Länder ermittelt.

(b) Zur Berechnung der Varianz bzw. Standardabweichung wurde als Mittelwert die Gesamtangebot-Nachfrage-Relation für das Bundesgebiet in die Formel eingesetzt.

Quelle: Bundesminister für Bildung und Wissenschaft (Hrsg.): Berufsbildungsberichte 1981 ff.; eigene Berechnungen

Übersicht 3:

Nord-Süd-Schere von Ausbildungsstellen - Angebot - Nachfrage-Relation und Arbeitslosenquote 1987



Quelle: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis 17 (1988) 3, S.III/7.

Übersicht 4:

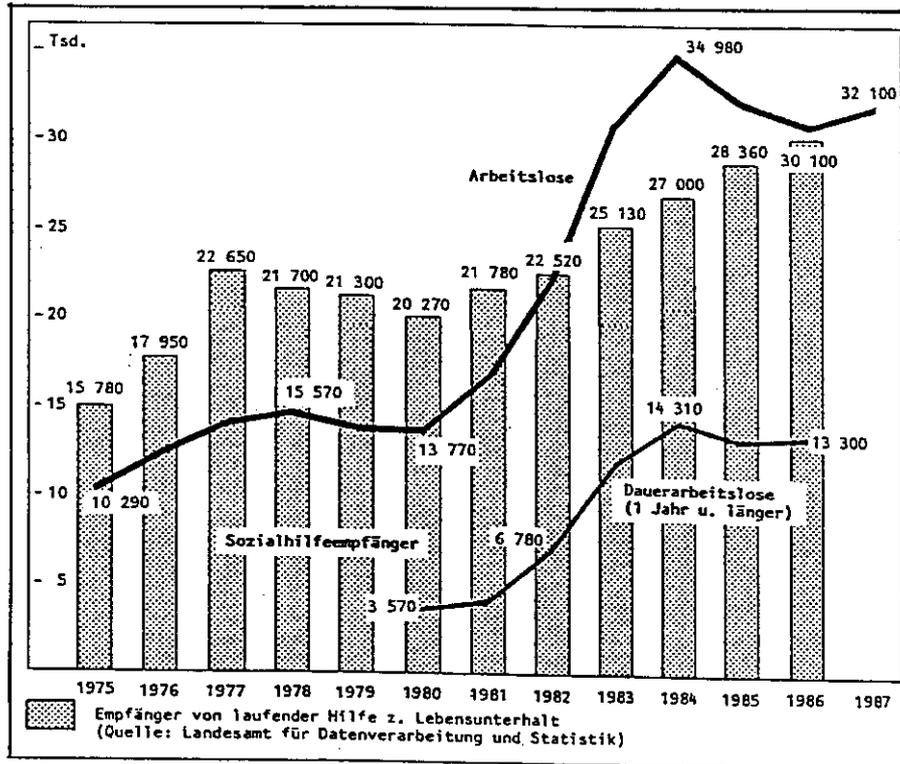
Minimum-Maximum-Werte der Angebot-Nachfrage-Relation (ANR) im regionalen Vergleich Bayern/Nordrhein-Westfalen zum 30.09.1988

	ANR(max) (1)	ANR(min) (2)	Diff. (3)=(1)-(2)
Freising Bayreuth	136,5	106,4	30,1
Bergisch-Gladbach Duisburg	106,8	92,2	14,6
Differenz	29,7	14,2	
Diff. ANR ¹⁾ Freising/Duisburg	44,3		

1) Bei den Meßwerten der Arbeitsamtsbezirke Freising und Duisburg handelt es sich um die Extremwerte aller zum 30.09.1988 gemessenen Angebot-Nachfrage-Relationen in der Bundesrepublik Deutschland

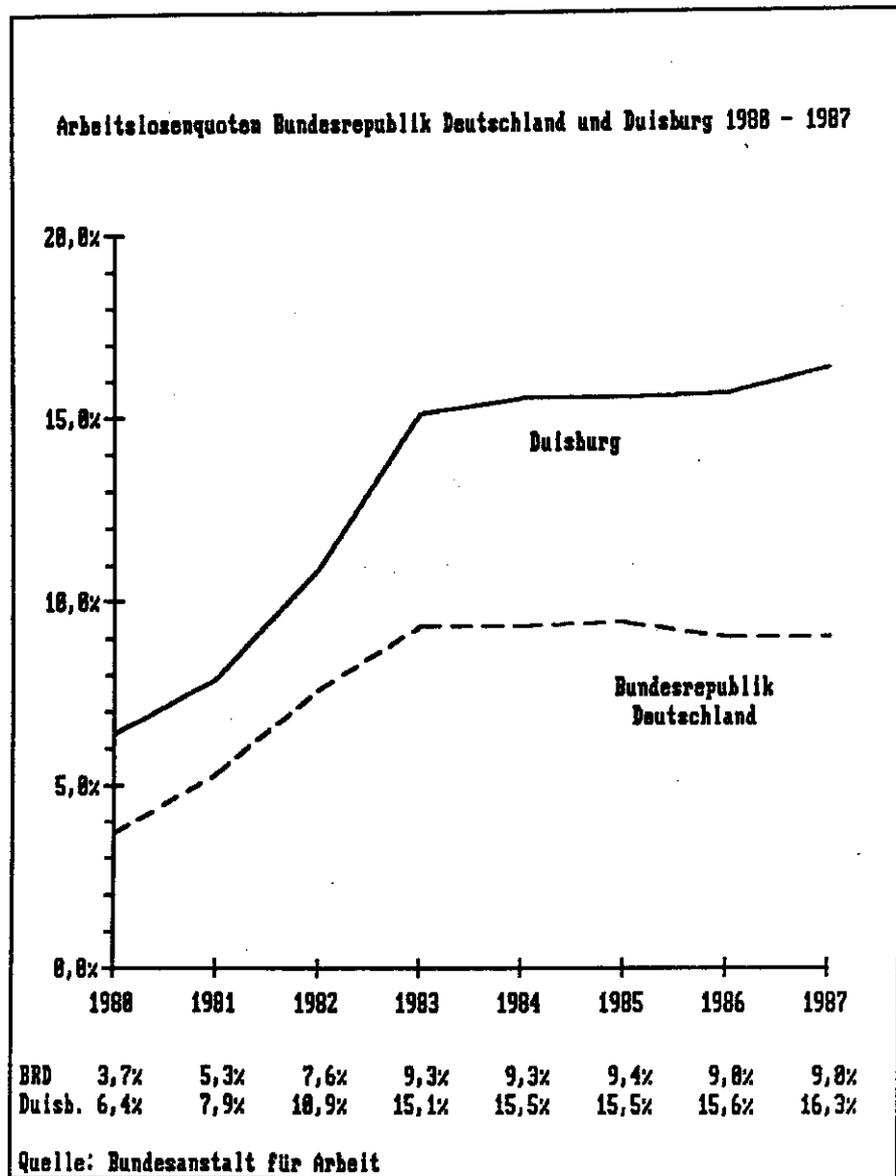
Übersicht 5:

Arbeitslose und SozialhilfeempfängerInnen in Duisburg 1975-1987

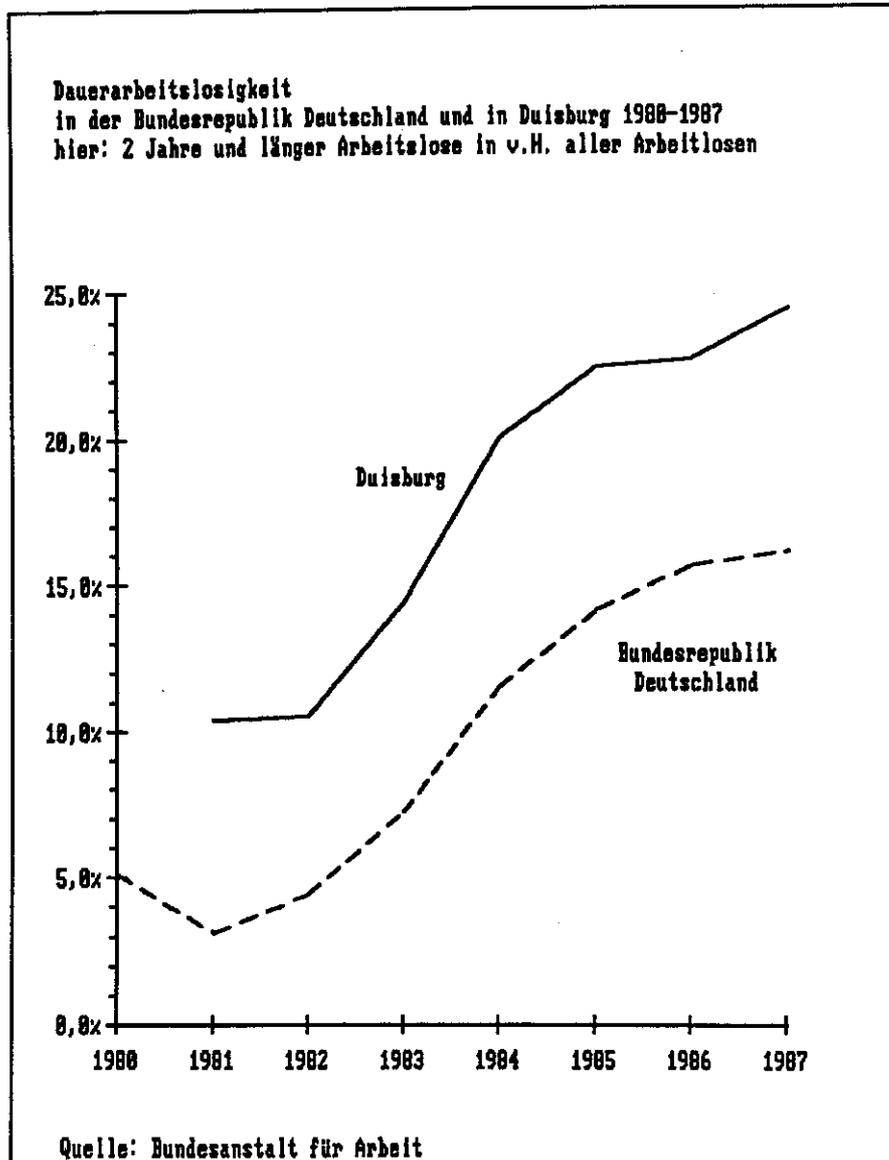


Quelle: Stadt Duisburg/Niederrheinische Industrie- und Handelskammer
Duisburg-Wesel-Kleve zu Duisburg: Duisburg 2000, Duisburg 1988,
S. 15.

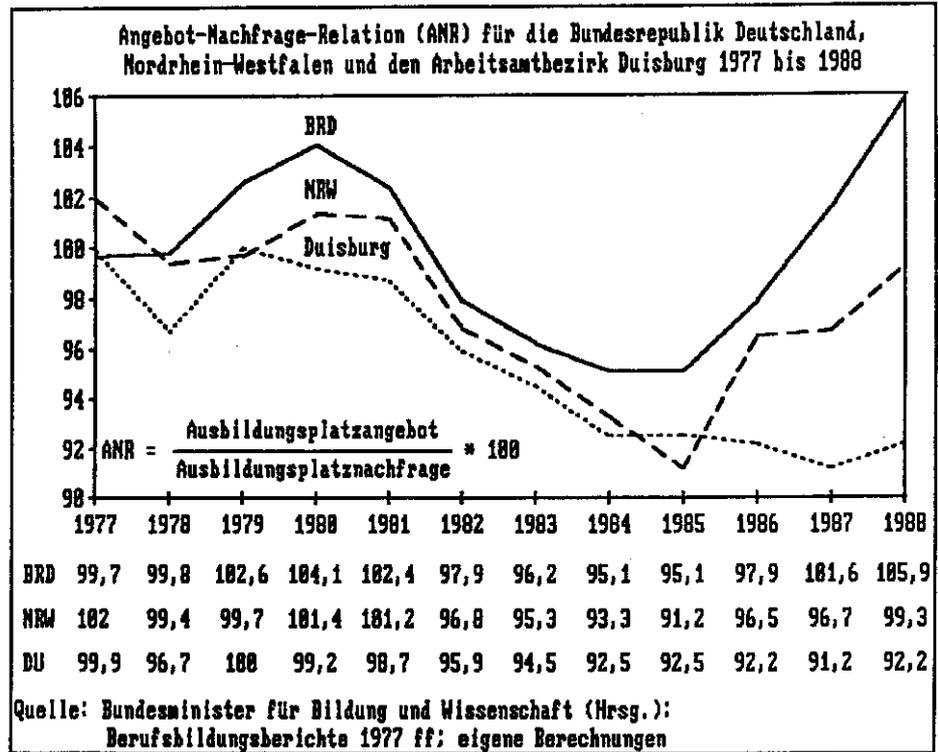
Übersicht 6:



Übersicht 7:



Übersicht 8:



Übersicht 9:

Versorgung der Jugendlichen mit Ausbildungsplätzen im Arbeitsamtbezirk Duisburg 1977-1988
(jeweils zum 30. September)

Jahr	Neu abgeschlossene Ausbil- dungsver- träge	Unbesetzte Ausbil- dungs- plätze	Noch nicht vermit- telte Bewerber	Angebot an Ausbil- dungs- plätzen	Nachfrage nach Aus- bildungs- plätzen	Angebotsüberhang (+) bzw. Nachfrageüber- hang (-)	
						absolut	Prozent
	(1)	(2)	(3)	(4) = (1) + (2)	(5) = (1) + (3)	(6) = (4) - (5)	(7) = (6) : (5)
1977	4430	126	129	4556	4559	-3	-0,1
1978	4565	46	205	4611	4770	-159	-3,3
1979	4654	33	35	4687	4689	-2	0,0
1980	5470	109	153	5579	5623	-44	-0,8
1981	5152	193	266	5345	5418	-73	-1,3
1982	5652	82	325	5734	5977	-243	-4,1
1983	5704	57	394	5761	6098	-337	-5,5
1984	5736	111	583	5847	6319	-472	-7,5
1985	5756	56	527	5812	6283	-471	-7,5
1986	5515	52	523	5567	6038	-471	-7,8
1987	5306	46	562	5352	5868	-516	-8,8
1988	4832	167	597	4999	5429	-430	-7,9

Quellen: Bundesminister für Bildung und Wissenschaft (Hrsg.): Berufsbildungsberichte
1977 ff.; Berufsberatungsstatistik des Arbeitsamts Duisburg; eigene Berechnungen

Übersicht 10:

Duisburger Jugendliche beim Übergang von der Schule in den Beruf, 1984-1987

	1984	1985	1986	1987
Duisburger Jugendliche von 16 bis unter 25 Jahren, insgesamt	79600	77493	75221	72786
Abgänger aus Duisburger allgemeinbildenden und berufsbildenden Vollzeitschulen	10040	9527	8924	8240
Anteil der Schulabgänger, die eine Berufsausbildung wünschten	52,9	52,4	53,0	51,1
Anteil der Schulabgänger, die den Übergang in die Berufsausbildung realisierten	32,2	32,8	33,8	37,5
Duisburger Jugendliche von 16 bis unter 25 Jahren ohne Ausbildung und Arbeit				
- Arbeitslose unter 25 Jahre	7628	7312	7382	6446
- Unvermittelte Bewerber um Ausbildungsplätze	488	527	523	562
- Jugendliche in berufsvorbereitenden Maßnahmen und Förderlehrgängen:				
- Schulische Maßnahmen (Berufsvorbereitungsjahr, Vorklasse Berufsschuljahr)	676	545	211	183
- Außerschulische Maßnahmen	1184	1315	1609	1855
Jugendliche ohne Ausbildung und Arbeit	9976	9699	9725	9046
Anteil an den 16- bis unter 25jährigen Duisburgern, insgesamt	12,5	12,5	12,9	12,4

Quellen: Berufsbildungsberichte Duisburg 1985-1988; Kutscha, G./Stender, J.: Abschlußbericht zum Forschungsprojekt "Ausbildungsversorgung in der Problemregion Duisburg - Aufbau und Anwendung eines computergestützten Berufsbildungs-Informationssystems", Duisburg 1989; eigene Berechnungen.

Übersicht 11:

Input-Output-Matrix für das regionale Bildungssystem, Duisburg 1984-1987
(realisierte Übergänge in absoluten Zahlen)

Verbleib												2)	
Herkunft	DS	BGJ	BFS	FOS	GyOb	BAW	GW	BW	Stud.	Aus- pend.	Maß- nahmen		Saldo
Sonderschule	313	34	10	1	0	0	0	0	0	0	2	174	92
Hauptschule	3449	1580	252	398	46	72	8	24	0	0	124	855	90
Gesamtschule	310	96	30	65	8	0	2	7	0	0	11	27	64
Realschule	887	400	49	139	33	100	23	13	0	0	84	31	15
Gymnasium	1832	550	3	66	8	6	91	90	363	349	103	14	189
Vorklasse BGJ	177	31	21	3	0	0	0	0	0	0	2	54	66
BGJ	353	69	5	35	0	0	0	1	1	0	11	9	222
Berufsfachschule ¹⁾	559	299	21	18	19	0	4	16	15	3	61	36	67
Fachoberschule	350	27	0	3	0	0	31	117	107	3	1	71	
Σ Schulabgänger	8240	3086	391	728	114	178	128	182	496	459	401	1201	876
Altnachfrager- potential	3066	1078	9	99	4	1	19	227	0	0	105	324	1200
Einpendler	1385	1142	0	170	64	0	0	0	0	0	0	9	0
Summe	12691	5306	400	997	182	179	147	409	496	459	506	1534	2076
Nachrichtlich: (in v.H.)													
Schulabgänger 1986	8924	33,8	5,4	8,2	1,3	2,2	1,1	1,7	6,4	5,1	6,4	14,9	13,5
Schulabgänger 1985	9527	32,8	5,4	8,9	1,0	2,5	1,2	5,4	5,5	5,3	6,9	15,4	9,7
Schulabgänger 1984	10040	32,2	4,4	8,6	1,7	2,2	7,1 ³⁾	4,6	5,8	3,7 ⁴⁾	15,4	14,3	

1) ohne Abgänger mit abgeschlossener Berufsausbildung

2) Schulische Maßnahmen (BVJ bzw. Vorklasse zum Berufsgrundschuljahr), Berufsschulklassen mit Jugendlichen ohne Ausbildungsvertrag, außerschulische Maßnahmen

3) Beamtenanwärter und Schulen des Gesundheitswesens

4) ohne Auspendler in Schulen

Abkürzungsverzeichnis:

DS	Berufsausbildung im dualen System	BGJ	Berufsgrundschuljahr	BFS	Berufsfachschule
FOS	Fachoberschule	GyOb	Gymnasiale Oberstufe	BAW	Beamtenanwärter
GW	Schulen des Gesundheitswesens	BW	Bundeswehr	Stud.	Studienanfänger

Quellen: Berufsbildungsberichte Duisburg 1985 - 1988; Kutscha, G./Stender, J.:

Abschlußbericht zum Forschungsprojekt "Ausbildungsversorgung in der Problemregion Duisburg - Aufbau und Anwendung eines computergestützten Berufsbildungs-Informationssystems", Duisburg 1989; eigene Berechnungen.

Übersicht 12:

Input-Output-Matrix für das regionale Bildungssystem, Duisburg 1984-1987

Lesehilfe: 10,9% der Sonderschulabsolventen wechselten in die Berufsausbildung im dualen System

Verbleib in v.H.		DS	BGJ	BFS	FOS	GyOb	BAW	GW	BW	Stud.	Aus- pend.	Maß- nahmen	Saldo
Herkunft absolut = 100%													
Sonderschule	313	10,9	3,2	0,3	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,6	55,6	29,4
Hauptschule	3449	45,8	7,3	11,5	1,3	2,1	0,2	0,7	0,0	0,0	3,6	24,8	2,6
Gesamtschule	310	31,0	9,7	21,0	2,6	0,0	0,6	2,3	0,0	0,0	3,5	8,7	20,6
Realschule	887	45,1	5,5	15,7	3,7	11,3	2,6	1,5	0,0	0,0	9,5	3,5	1,7
Gymnasium	1832	30,0	0,2	3,6	0,4	0,3	5,0	4,9	19,8	19,1	5,6	0,8	10,3
Vorklasse BGJ	177	17,5	11,9	1,7	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	1,1	30,5	37,3
BGJ	353	19,5	1,4	9,9	0,0	0,0	0,0	0,3	0,3	0,0	3,1	2,5	62,9
Berufsfachschule ¹⁾	559	53,5	3,8	3,2	3,4	0,0	0,7	2,9	2,7	0,5	10,9	6,4	12,0
Fachoberschule	360	7,5	0,0	0,8	0,0	0,0	0,0	8,6	32,5	29,7	0,8	0,3	19,7
Σ Schulabgänger	8240	37,5	4,7	8,8	1,4	2,2	1,6	2,2	6,0	5,6	4,9	14,6	10,6
Altnachfrager- potential	3066	35,2	0,3	3,2	0,1	0,0	0,6	7,4	0,0	0,0	3,4	10,6	39,1
Einpendler	1385	82,5	0,0	12,3	4,6	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,6	0,0
Summe	12691	41,8	3,2	7,9	1,4	1,4	1,2	3,2	3,9	3,6	4,0	12,1	16,4
Nachrichtlich: Schulabgänger 1986	8924	33,8	5,4	8,2	1,3	2,2	1,1	1,7	6,4	5,1	6,4	14,9	13,5
Schulabgänger 1985	9527	32,8	5,4	8,9	1,0	2,5	1,2	5,4	5,5	5,3	6,9	15,4	9,7
Schulabgänger 1984	10040	32,2	4,4	8,6	1,7	2,2	7,1 ³⁾		4,6	5,8	3,7 ⁴⁾	15,4	14,3

1) ohne Abgänger mit abgeschlossener Berufsausbildung

2) Schulische Maßnahmen (BVJ bzw. Vorklasse zum Berufsgrundschuljahr), Berufsschulklassen mit Jugendlichen ohne Ausbildungsvertrag, außerschulische Maßnahmen

3) Beamtenanwärter und Schulen des Gesundheitswesens

4) ohne Auspendler in Schulen

Abkürzungsverzeichnis:

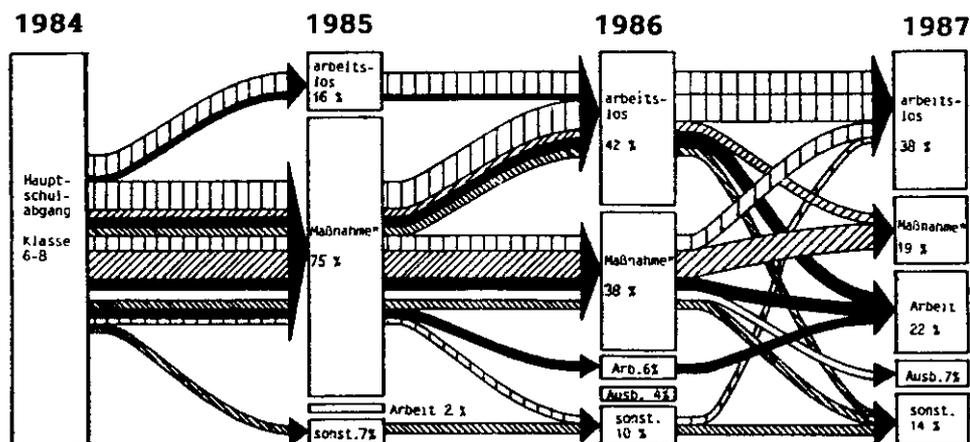
DS	Berufsausbildung im dualen System	BGJ	Berufsgrundschuljahr	BFS	Berufsfachschule
FOS	Fachoberschule	GyOb	Gymnasiale Oberstufe	BAW	Beamtenanwärter
GW	Schulen des Gesundheitswesens	BW	Bundeswehr	Stud.	Studienanfänger

Quellen: Berufsbildungsberichte Duisburg 1985 - 1988; Kutscha, G./Stender, J.:

Abschlußbericht zum Forschungsprojekt 'Ausbildungsversorgung in der Problemregion Duisburg - Aufbau und Anwendung eines computergestützten Berufsbildungs-Informationssystems', Duisburg 1989; eigene Berechnungen

Übersicht 13:

Typische Bildungswege von weiblichen FrühabgängerInnen aus Duisburger Hauptschulen des Jahres 1984



Quelle: Kutscha, G./Reif, P./Weiß, W.: Jugend auf Halde?, Duisburg 1987, S. 51.

Übersicht 14:

Bildungswege von FrühabgängerInnen aus Duisburger Hauptschulen des Jahres 1984

	Erste Befragung 1985	Zweite Befragung 1986	Dritte Befragung 1987	Frühabgänge insgesamt %	weibliche Jugendliche %	männliche Jugendliche %
N	arbeitslos	arbeitslos	arbeitslos	3,6 %	10,1 %	0,6 %
M	Maßnahme	arbeitslos	arbeitslos	7,6 %	13,0 %	5,1 %
L	Maßnahme	Maßnahme	arbeitslos	5,3 %	7,3 %	4,5 %
I	Maßnahme	Maßnahme	Maßnahme	8,4 %	13,0 %	6,4 %
G	Maßnahme	Maßnahme	Arbeit	8,4 %	5,8 %	9,6 %
F	Maßnahme	Arbeit	Arbeit	8,0 %	4,4 %	9,6 %
D	Maßnahme	Maßnahme	Ausbildung	6,2 %	4,4 %	7,1 %
C	Maßnahme	Ausbildung	Ausbildung	8,9 %	1,5 %	12,2 %
B	Ausbildung	Ausbildung	Ausbildung	5,8 %	0,0 %	8,3 %
	Anteil der Frühabgänger in den neun Bildungswegen an allen Frühabgängern			62,2 %	59,6 %	63,4 %

Quelle: Kutscha, G./Reif, P./Weiß, W.: Jugend auf Halde?, Duisburg 1987, S. 51.

Übersicht 15:

Maßnahmen und TeilnehmerInnen nach Trägergruppen, Duisburg 1986

Träger	Maßnahmen	Teilnehmer	Anteil
	abs.		-%
Kommunale Träger	29	399	24,8
Gemeinnützige Träger	(insg.) (40)	(893)	(55,5)
- Gewerkschaften	3	57	3,5
- Kirche	12	188	11,7
- Diverse (AWO, DRK, etc.)	25	648	40,3
Privatwirtschaftliche Träger	(insg.) (17)	(317)	(19,8)
- Industrie/Bergbau	10	241	15,0
- Handel/Dienstleistungen	4	43	2,7
- Handwerk	3	33	2,1
	86	1 609	100,0

Quelle: Eigene Erhebungen und Berechnungen

Übersicht 16:

Maßnahmen und TeilnehmerInnen nach Maßnahmetypen, Duisburg 1986

Maßnahmetypen	Maßnahmen	Teilnehmer	Anteil
I Schulabschluß-Erwerb			
HSA-Kurs	7	111	6,9
FOR-Kurs	2	66	4,1
Summe I	9	177	11,0
II Schulabschluß und Berufsvorbereitung			
MBSE mit HSA	1	62	3,9
Arbeiten und Lernen mit HSA	6	91	5,7
Summe II	7	153	9,5
III Berufsvorbereitung/Ausbildungsförderung - mit soz.päd. Begleitung			
MBSE ohne HSA	1	23	1,4
Arbeiten und Lernen ohne HSA	7	127	7,9
Arbeitsmotivierende Werkstatt	1	22	1,4
J 6 - Maßnahme	10	209	13,0
Sprachintensivkurs	2	19	1,2
Summe III	21	400	24,9
IV Berufsvorbereitung/Ausbildungsförderung - ohne soz.päd. Begleitung			
Grundausbildung G 1	6	92	5,7
J 5 Maßnahme	2	25	1,6
J 6 Maßnahme	5	49	3,0
Berufsförderlehrgang	4	103	6,4
Summe IV	17	269	16,7
V Arbeitsbeschaffungsmaßnahme (ABM)			
mit soz.päd. Begleitung	21	224	13,9
VI Sonstige	11	386	24,0
Summe I - VI	86	1 609	100,0

Quelle: Eigene Erhebungen und Berechnungen

Übersicht 17:

Absolventen und vorzeitig ausgeschiedene TeilnehmerInnen berufsvorbereitender und ausbildungsfördernder Maßnahmen mit Beginn im Jahre 1985 nach Maßnahmetyp und Verbleib, Duisburg Frühjahr 1987

Maßnahmetyp Anzahl der Maßnahmen	Teil- nehmer- zahl abs.:	Berufs- ausbil- dung	Arbeits- Maß- nahmen	andere Maß- nahmen	Schule	arbeits- los	son- stiges	unbe- kannt
Absolventen								
Schulabschluß-Erwerb								
HSA-Kurs	2 25	5	-	3	-	3	-	14
FOR-Kurs	1 25	2	-	2	3	-	-	18
Schulabschluß und Berufsvorbereitung								
Arbeiten u. Lernen mit HSA 2	23	10	2	1	-	8	1	1
Berufsvorbereitung/Ausbildungsförderung								
mit soz. päd. Begleitung								
Arbeiten u. Lernen ohne HSA	7 96	1	19	25	-	28	2	21
Grundausbildung J 6	3 40	-	5	5	-	9	-	21
Nachbetreuung	1 22	2	4	9	-	7	-	-
ohne soz. päd. Begleitung								
Grundausbildung G 1	8 99	40	3	-	-	11	-	45
Grundausbildung J 5	3 23	5	-	-	-	-	-	18
Grundausbildung J 6	4 25	10	7	-	-	2	-	6
Berufsförderlehrgang	6 102	48	35	1	1	-	-	17
Sonstige	7 143	21	70	15	7	16	11	3
zusammen	abs. 623	144	145	61	11	84	14	164
	v.H. 100	23,1	23,3	9,8	1,8	13,5	2,2	26,3
Vorzeitig ausgeschiedene Teilnehmer								
Schulabschluß-Erwerb								
HSA-Kurs	2 1	-	-	-	-	-	-	1
FOR-Kurs	1 1	-	-	-	-	-	-	1
Schulabschluß und Berufsvorbereitung								
Arbeiten u. Lernen mit HSA 2	5	-	2	-	-	-	3	-
Berufsvorbereitung/Ausbildungsförderung								
mit soz. päd. Begleitung								
Arbeiten u. Lernen ohne HSA	7 25	4	7	-	-	9	5	-
Grundausbildung J 6	3 41	7	7	-	1	8	1	17
Nachbetreuung	1 8	-	5	-	-	3	-	-
ohne soz. päd. Begleitung								
Grundausbildung G 1	8 37	8	1	-	-	-	1	27
Grundausbildung J 5	3 13	-	-	-	-	-	-	13
Grundausbildung J 6	4 20	1	1	1	-	-	-	17
Berufsförderlehrgang	6 30	1	4	5	-	-	1	19
Sonstige	7 49	6	6	3	1	23	2	8
zusammen	abs. 230	27	33	9	2	43	13	103
	v.H. 100	11,7	14,3	3,9	0,9	18,7	5,7	44,8
insgesamt	853	171	178	70	13	127	27	267
		20,0	20,9	8,2	1,5	14,9	3,2	31,3

Quelle: Eigene Erhebungen und Berechnungen

Übersicht 18:

Gruppierung der Maßnahmetypen und Verbleib nach Geschlecht, Duisburg 1986

Maßnahmetyp	Frauenanteil (%)	Verbleib in ... (%)			
		Ausbildung	Arbeit	Arbeitslosigkeit	unbekannt
Gruppe 1 - FOR-Kurs - Arbeiten und Lernen mit HSA - Arbeiten und Lernen ohne HSA - Grundausbildung G 1 - J 5-Maßnahmen	80,5	21,8	9,0	17,6	38,7
----- Gruppe 2 - Berufsförderlehrgänge -----	0,0	47,0	34,0	0,0	16,7
Gruppe 3 - HSA-Kurs - J 6-Maßnahmen	39,8	16,6	13,3	15,6	57,8

Quelle: Kutscha, G./Stender, J.: Abschlußbericht zum Forschungsbericht "Ausbildungsversorgung in der Problemregion Duisburg - Aufbau und Anwendung eines computergestützten Berufsbildungs-Informationssystems", Duisburg 1989

Übersicht 19:

Gruppierung der Maßnahmetypen und Verbleib nach Ausländeranteilen,
Duisburg 1986

Maßnahmetyp	Ausländer- anteil (%)	Verbleib in ... (%)			
		Ausbil- dung	Arbeit	Arbeits- losigkeit	unbe- kannt
Gruppe 1 - FOR-Kurs - Grundausbildung G 1 - Berufsförderlehrgänge	32,4	39,8	16,8	4,9	35,4
Gruppe 2 - Arbeiten und Lernen ohne HSA - J 6-Maßnahmen mit sozialpäd. Begleitung - J 5-Maßnahmen	54,1	3,8	15,1	23,3	37,7
Gruppe 3 - HSA-Kurs - Arbeiten und Lernen mit HSA - J 6-Maßnahmen ohne sozialpäd. Begleitung	22,5	34,2	12,3	17,8	28,8

Quelle: Kutscha, G./Stender, J.: Abschlußbericht zum Forschungsbericht
"Ausbildungsversorgung in der Problemregion Duisburg - Aufbau und An-
wendung eines computergestützten Berufsbildungs-Informationssystems",
Duisburg 1989

Übersicht 20:

Teilnehmerstruktur der untersuchten Maßnahmen und durchgeführte Interviews, Duisburg September 1985 - August 1986

	BFL	TV	J6 Textil/ Elektro	J6 Holz/ Elektro	Insgesamt
Teilnehmer					
Insgesamt	14	15	27	18	74
männlich	14	15	-	12	41
weiblich	-	-	27	6	33
verspätet begonnen	-	-	6	3	9
vorzeitig beendet	2	2	16	15	35
Nationalität					
deutsch	12	9	18	13	52
türkisch	2	6	7	4	19
and. Ausländer	-	-	2	1	3
Eintrittsalter					
16	4	3	-	3	10
17	7	9	10	7	33
18	3	3	11	5	22
19	-	-	2	-	2
20	-	-	2	2	4
21	-	-	-	-	-
22	-	-	2	1	3
Vorbildung					
Sonderschule Kl. 8, 9	4	1	6	5	16
Sonderschul-Abschl.	8	-	5	2	15
Hauptschule					
Abg. Kl. 7, 8	-	1	7	7	15
Abg. Kl. 9	1	7	7	1	16
Abschl. 9	-	3	2	2	7
Abschluß 10 A	1	3	-	1	5
Maßnahme					
BVJ	-	1	15	4	20
BCJ	-	1	-	-	1
MBSE	-	2	3	1	6
Lehrgang	-	-	4	3	7
Abbruch Ausbildung	-	-	2	-	2
Verbleib					
ca. 6 Mon. nach Maßnahmeende					
Arbeit	5	7	4	4	20
Ausbildung	-	1	4	4	9
Werkerausbildung	5	5	-	-	10
HSA-Kurs	-	-	2	1	3
Arbeiten + Lernen	-	-	6	-	6
arbeitslos	2	-	2	2	6
Haushalt	-	-	4	-	4
unbekannt	2	2	5	7	16
Interviews					
Insgesamt	64	58	50	24	196
1. Interview	14	13	20	14	61
2. Interview	13	11	16	7	73
3. Interview	13	13	9	3	37
4. Interview	13	12	9	3	37
Nachbefragung	11	9	5	-	25

Quelle: Eigene Erhebungen und Berechnungen

Anmerkungen

¹ Mit dieser Schreibweise bemühen wir uns darum, auch sprachlich zum Ausdruck zu bringen, daß von der Berufsnot Jugendlicher nicht nur junge Männer, sondern auch und besonders stark junge Frauen betroffen sind. In Einzelfällen sind wir jedoch davon abgewichen, um Wortungetüme zu vermeiden und nicht durch falsch verstandene Konsequenz das Bemühen um einen differenzierten Sprachgebrauch zu verballhornen.

² Im Teil 3 unseres Aufsatzes beziehen wir uns u. a. auf Ergebnisse des vom Minister für Wissenschaft und Forschung (MWF) des Landes Nordrhein-Westfalen geförderten Forschungsprojekts „Ausbildungsversorgung in der Problemregion Duisburg — Aufbau und Anwendung eines computergestützten Berufsbildungs- Informationssystems“. Das Projekt wurde im Fachgebiet Berufspädagogik/Berufsbildungsforschung der Universität-GHDuisburg von Jörg Stender mit Unterstützung von Ulrich Guzinski und Rainer Hemming durchgeführt. Bei der in Teil 4 vorgestellten Untersuchung handelt es sich um das ebenfalls vom MWF geförderte und im selben Fachgebiet von Irene Bahr und Manfred Eckert durchgeführte Forschungsprojekt „Wirksamkeit von berufsvorbereitenden Maßnahmen und Förderungslehrgängen im Kontext der Lebenswelt arbeits- und ausbildungsloser Jugendlicher — Problemregion Duisburg“.

³ Das bilanzstatistische Instrumentarium der amtlichen Berufsbildungsberichterstattung ist sehr umstritten (vgl. PEEGE 1988 und Replik von KAU 1989). So wird insbesondere die Abhängigkeit der Bilanzindikatoren (unbesetzte Ausbildungsstellen/nach nicht vermittelte Bewerber) von den Einschaltquoten der Arbeitsämter moniert. Es ist jedoch zu vermuten, daß bei kurzfristiger Betrachtung (wie im vorliegenden Beitrag) mit guten Gründen unterstellt werden kann, daß sich das Meldeverhalten der Ausbildungsplatzanbieter und -nachfrager nicht gravierend und atypisch verändert. Zur Weiterentwicklung des Analyseansatzes für den Vergleich der regionalen Ausbildungsversorgung vgl. KAU/BROSI 1988.

⁴ Im Unterschied zum Konzept der Berufsbildungsbilanz, wie es auf Initiative des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) und als Alternative zu der vom Bundesminister für Bildung und Wissenschaft im Berufsbildungsbericht veröffentlichten Ausbildungsplatzbilanz entwickelt worden ist, werden in der Input-Output-Matrix Herkunft- und Verbleibseite durch individuelle Datensätze miteinander verknüpft. Auf diese Weise lassen sich sowohl die Struktur der Übergangsströme erfassen als auch die nach schulischer Herkunft, Geschlecht u. a. spezifizierten drop-out-Quoten ermitteln. Bei entsprechender Standardisierung der Erhebungsverfahren kann die Input-Output-Analyse über den Zweck der intraregionalen Disparitätenanalyse hinaus auch für die interregionalvergleichende Übergangsforschung nutzbar gemacht werden.

⁵ Erstmals konnte eine Abgängerkohorte von FrühabgängerInnen über einen Zeitraum von drei Jahren mehrfach befragt und nach Verbleib und Bildungswegen analysiert werden. Die Rücklaufquote des Panels war mit rund 70 % bei der ersten Befragung (1984/85) und fast 60 % bei der dritten Befragung (1986/87) angesichts der besonderen Situation dieser Klientel außeror-

dentlich hoch. Hinsichtlich der untersuchungsrelevanten Merkmale ist die Zusammensetzung der Befragten in bezug auf die Grundgesamtheit aller FrühabgängerInnen aus Duisburger Hauptschulen des Jahres 1984 als repräsentativ anzusehen.

⁶ Die Unterscheidung von objektiven Handlungsmöglichkeiten und subjektiven Handlungspotentialen lehnt sich an das von HOLZKAMP (1983, S. 335) herausgearbeitete Verhältnis von „Potentialität“ und „Faktizität“ an: „... „Potentialität“ als Inbegriff der dem Individuum in „*erster Person*“, also in bewußtem Verhalten, gegebenen Handlungsmöglichkeiten und „Faktizität“ als Inbegriff der Art und des Ausmaßes der gegenüber der *bewußten Verfügung widerständigen „Vorgänge dritter Person*“; durch welche die Handlungsmöglichkeiten des Individuums determiniert und begrenzt sind“ (a.a.O., S. 335, Hervorheb. i. Org.). Mit den Begriffen des „*situationalen*“ und „*personalen*“ Pols subjektiver Befindlichkeit baut HOLZKAMP diese Unterscheidung weiter aus. Auf die Probleme der dialektischen Verschränkung dieser beiden Pole in der Unmittelbarkeit subjektiven Erlebens soll hier nicht weiter eingegangen werden (vgl. WALDENFELS 1980; MERLEAU-PONTY 1966, S. 493 ff.).

Literatur

- BECK, U. (1986): Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt a.M. 1986.
- BUNDESMINISTER FÜR BILDUNG UND WISSENSCHAFT (Hg.) (1989): Berufsbildungsbericht 1989, Bonn 1989.
- CHRISTE, G. (1989): Aspekte der Lebenswelt arbeitsloser Jugendlicher in einer ländlichen Region. In: Zeitschrift für Sozialisationsforschung und Erziehungssoziologie (ZSE) 9(1989)1, S. 41-58.
- DREHER, E./DREHER, M. (1985): Wahrnehmung und Bewältigung von Entwicklungsaufgaben im Jugendalter: Fragen, Ergebnisse und Hypothesen zum Konzept einer Entwicklungs- und Pädagogischen Psychologie des Jugendalters. In: OERTER, R. (Hg.): Lebensbewältigung im Jugendalter, Weinheim 1985, S. 30-61.
- ECKERT, M. (1987): Berufliches Lernen ohne Beruf. Aspekte einer qualitativen Studie über Jugendliche in Maßnahmen gegen Jugendarbeitslosigkeit. In: Zeitschrift für Berufs- und Wirtschaftspädagogik 83(1987)8, S. 689-699.
- FRIEBEL, H. (Hg.) (1983): Von der Schule in den Beruf, Opladen 1983.
- FRIEBEL, H. (Hg.) (1985): Berufliche Qualifikation und Persönlichkeitsentwicklung, Opladen 1985.
- GRUSCHKA, A./KUTSCHA, G. (1983): Berufsorientierung als „Entwicklungsaufgabe“ der Berufsbildung — Thesen und Forschungsbefunde zur beruflichen Identitätsbildung und Kompetenzentwicklung in der Sekundarstufe II. In: Zeitschrift für Pädagogik 29(1983)6, S. 877-891.

- HABERMAS, J. (1981): Theorie kommunikativen Handelns, Bd. I: Handlungs-rationalität und gesellschaftliche Rationalisierung; Bd. II: Zur Kritik funktionalistischer Vernunft, Frankfurt a.M. 1981.
- HEINZ, W.R. (1988): Selbstsozialisation zwischen Modernisierungsversprechen und Beschäftigungsrisiken. In: Das Argument 30(1988)2, S. 198-207.
- HEINZ, W.R./KRÜGER, H./RETTKE, U./WACHTVEITL, E./WITZEL, A. (1985): „Hauptsache eine Lehrstelle“. Jugendliche vor den Hürden des Arbeitsmarkts, Weinheim/Basel 1985.
- HOLZKAMP, K. (1983): Grundlegung der Psychologie, Frankfurt a.M./New York 1983.
- HOLZKAMP, K. (1986): „Wirkung“ oder Erfahrung der Arbeitslosigkeit? Widersprüche und Perspektiven psychologischer Arbeitslosenforschung. In: Forum Kritische Psychologie 18/Argument-Sonderband AS 139, Berlin 1986, S. 937.
- KAU, W. (1989): Bemerkungen zur Kritik von J. Peege am Berufsbildungsbericht. Zur Korrektheit und Aussagefähigkeit der Ausbildungsbilanzen. In: DGB Gewerkschaftliche Bildungspolitik 4'89, S. 109-113.
- KAU, W./BROSI, W. (1988): Weiterentwicklung des Analyseansatzes für die regionale Ausbildungsstellensituation im Berufsbildungsbericht. In: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis 17(1988)6, S. 177-181.
- KLÄHN, M. u. A. (1987): Jugendliche ohne Arbeit. Nutzen von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Berlin 1987.
- KLOAS, P.W./STENGER, H. (1980): Berufsschüler ohne Berufschance? Eine Analyse zu den Berufsstartproblemen, der sozialen Herkunft und den Maßnahmen der beruflichen Integration lernbehinderter und lerngestörter Jugendlicher, Hannover 1980.
- KOKOSKA, W./KNOLL, J.H. (1981): Struktur und Effizienz berufsvorbereitender Maßnahmen, Heidelberg 1981.
- KUTSCHA, G. (1987): Aufbau und Verbesserung lokaler Berufsbildungs-Informationssysteme als Grundlage vorausschauender Regionalentwicklung. Beispiel: der Duisburger Berufsbildungsbericht. In: KUTSCHA, G./REIF, P./WEISS, W.: Jugend auf Halde? Studien zur Übergangsproblematik Jugendlicher in der Montanregion Duisburg, Duisburg 1987, S. 7-28.
- KUTSCHA, G./STENDER, J. (1986): Kommunale Berufsbildungsberichte. Institutionalisierung und Konzeptentwicklung am Beispiel des Duisburger Modells. In: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis 15(1986)2, S. 45-50.
- MATTHIESEN, U. (1983): Das Dickicht der Lebenswelt und die Theorie des kommunikativen Handelns, München 1983.
- MERLEAU-PONTY M. (1966): Phänomenologie der Wahrnehmung, Berlin 1966.
- MÜLLER, W. (1983): Die Förderung der Berufsreife und der Berufswahlreife, Heidelberg 1983.
- PEEGE, J. (1988): Gedanken über die Korrektheit und Aussagefähigkeit der Ausbildungsbilanzen in den Berufsbildungsberichten. In: DGB Gewerkschaftliche Bildungspolitik 3'88, S. 105-114.

SACHVERSTÄNDIGENRAT ZUR BEGUTACHTUNG DER GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG (1988): Jahresgutachten 1988/89 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Kapitel 4: Wirtschaftliche Erneuerung altindustrieller Problemregionen: Das Beispiel Ruhrgebiet, hg. vom Deutschen Bundestag, Drucksache 11/3478, Bonn 1988.

SCHÖBER, K. (1980): Zur Durchführung und Wirksamkeit berufsvorbereitender Lehrgänge. Eine empirische Untersuchung bei ehemaligen Lehrgangsteilnehmern. In: Mitteilungen zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (1980)4, S. 573-587.

SCHÖBER, K. (1987): Die soziale und psychische Lage arbeitsloser Jugendlicher. In: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (1987)4, S. 453-478.

SIEHLMANN, G. (1983): Die berufliche Integration lernbeeinträchtigter Jugendlicher, Frankfurt a.M./Bern/New York 1983.

STADT DUISBURG — DER OBERSTADTDIREKTOR (HG.): Berufsbildungsberichte 1985, 1986, 1987 I und II, 1988, Duisburg 1985 ff.

STADT DUISBURG — DER OBERSTADTDIREKTOR / NIEDERRHEINISCHE INDUSTRIE- UND HANDELSKAMMER DUISBURG-WESEL-KLEVE ZU DUISBURG (HG.) (1988): Duisburg 2000. Perspektiven für eine neue wirtschaftliche Entwicklung, Duisburg 1988.

STENDER, J. (1989): Segmentationen und Selektionen: Regionale Systemanalysen zur beruflichen Bildung, Bochum 1989.

WALDENFELS, B. (1980): Der Spielraum des Verhaltens, Frankfurt a.M. 1980.

WEISS, W. (1987): Frühabgänger beim Übergang in das Ausbildungs- und Beschäftigungssystem — Längsschnittuntersuchung einer Abgängerkohorte aus den Hauptschulen Duisburgs. In: KUTSCHA, G./REIF, P./WEISS, W.: Jugend auf Halde? Studien zur Übergangsproblematik Jugendlicher in der Montanregion Duisburg, Duisburg 1987, S. 29-74.

*In: Projekt Jugend und Arbeit (Hrsg.)
Jugendliche beim Einstieg in das Arbeitsleben.
München 1990, S.107-152.*